



Probleme und Perspektiven der schulischen Inklusion in Hessen

Dokumentation zum Fachgespräch
der Fraktion DIE LINKE.
im Hessischen Landtag,
8. Juni 2017.

Wie geht es weiter mit der
Umsetzung der schulischen Inklusion
nach der Novellierung
des Hessischen Schulgesetzes (HSchG)?

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG





DIE LINKE.

FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Gabi Faulhaber
Sprecherin für Bildung,
Migration, Petitionen
und Tierschutz

Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel. 06 11 – 350 60 75
Fax: 06 11 – 350 60 91

g.faulhaber@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

Dokumentation
Fachgespräch Inklusion
am 8. Juni 2017



Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE diskutierten am 8. Juni 2017 Fachleute und Betroffene aus Schulen, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften über die Perspektiven der schulischen Inklusion in Hessen.

Probleme und Perspektiven der schulischen Inklusion in Hessen

Eröffnungsrunde. Wo steht Hessen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion? Wie soll es weitergehen, nachdem der Landtag das Schulgesetz novelliert hat? Wie sind die Neuerungen im Bereich Inklusion einzuschätzen? Was könnte eine Perspektive sein?



Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, eröffnet die Veranstaltung.

Diese und andere Fragen waren Thema beim Fachgespräch zur Inklusion am 8. Juni 2017.

Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, hatte eingeladen. Sie ist schon lange mit dem Thema Inklusion befasst. Von Beruf war sie Förderschullehrerin an einer Schule für Lern- und Erziehungshilfe in der Wetterau.

„Es freut mich, dass Sie zu unserem Fachgespräch gekommen sind. Wieso haben wir dazu eingeladen? Und warum zu diesem Zeitpunkt?“

Drei Punkte möchte ich nennen:

Hessen hat ein neues Schulgesetz verabschiedet.

Aus unserer Sicht wurden in dem neuen Gesetz keine Weichen für eine flächendeckende und verbindliche inklusive Bildung in Hessen gestellt.

Inklusive Schulbündnisse tarnen eher, dass Inklusion in Hessen eben nicht flächendeckend und verbindlich stattfindet und man sich für eine Sparvariante entschieden hat.

Bei der Anhörung zur Schulgesetznovelle wurden vielfach die Probleme bei der Umsetzung von Inklusion benannt. Die neuen Vorgaben des Gesetzes wurden als unzulänglich eingeschätzt. Und für ganze Bereiche fehlen ja sogar Vorgaben, wie zum Beispiel bei der Berufsbildung oder beim Übergang in die Arbeitswelt.

Jetzt ist das Gesetz da und wir wollten nun Ihre Erfahrungen zusammentragen, welche Chancen und welche Schwierigkeiten sich aus den Neuerungen ergeben könnten.

Zweitens haben im vergangenen halben Jahr viele Brandbriefe das Kultusministerium erreicht. Es sind Briefe aus Darmstadt-Dieburg, ein ganzer Ordner Unterschriften aus Limburg-Weilburg, Lahn-Dill, Nordhessische Lehrer/innen und Berufsschullehrerinnen, viele auch aus Frankfurter Schulen, usf.. Oft Schulleiter oder ganze Kollegien und auch viele Einzelpersonen, darunter auch Eltern.

Dieser Briefe wurden bisher allesamt vom Kultusministerium ignoriert.

Sie beinhalten, dass die Umsetzung von Inklusion nicht konzeptionell und mit System erfolgt und auch nicht gut ausgestattet ist, weder personell noch finanziell.

Diese Briefe zeigen die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer. Diese tragen allzu oft die Aufgabe der Inklusion ohne die Unterstützung von Sozialarbeitern oder Schulpsychologen – also ohne multiprofessionelle Teams.

Und die Arbeit der BFZs reicht unseres Erachtens nicht aus. An diesem Punkt sind wir sehr gespannt auf Ihre Berichte aus Ihrer Praxis, wie sich Inklusion tatsächlich an den Schulen darstellt.

Ich sehe das so, dass derzeit die gute Idee von inklusiver Bildung durch eine schlecht ausgestattete Praxis diskreditiert wird. Wenn die Zweifel an der Realisierbarkeit von Inklusion Raum greifen, wird das erhebliche Auswirkungen auf das öffentliche, staatliche Schulwesen haben.

Drittens haben wir darüber nachgedacht, was zukünftig politisch nötig wäre, um Inklusion in Hessen weiterzuentwickeln.

Der bisherige Protest ließ die Landesregierung vielleicht nicht ganz kalt. Aber sie ignorieren ihn, weil sie keine echte Inklusion und auch keine echten Ganztagschulen umsetzen wollen. Es soll nur so viel in Bildung investiert werden, wie sich nicht vermeiden lässt.

Selbst Steuermehreinnahmen haben daran nichts geändert. Gleichzeitig wird vermehrt auf private Lösungen gesetzt. Auch im Bildungsbereich.

Über politische Initiativen würden wir gerne mit Ihnen sprechen und Ideen dazu zusammentragen.“





Stefan Zelder, Ausländerbeirat Hessen. Mahed Alboudi, Praktikant.

Vorstellungsrunde

Mit viel Engagement arbeiten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Fachgesprächs für die schulische Inklusion in Hessen.

Stefan Zelder. Ich komme vom Landesausländerbeirat Hessen. Wir sind heute zu zweit hier, neben mir zur Linken unser Jurist aus Syrien, Herr Alboudi. Er macht gerade ein Praktikum: Ich selbst bin Mitglied in der Gruppe Inklusionsbeobachtung Hessen, „GIB Hessen“. Aus unserer Perspektive interessiert uns natürlich vorrangig die Frage: Was passiert mit den Minderheiten in der Minderheit? Ich spreche von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen und Migrationshintergrund und/oder einer anderen Staatsangehörigkeit. Diese Gruppe haben wir vor allen Dingen im Fokus. Und nicht umsonst haben wir Befürchtungen, dass da vieles im Argen liegt. Zum Beispiel was die Beratungspraxis hier in Hessen anbelangt. Da stehen Eltern mitunter vor Sprachschwierigkeiten und wissen manches auch nicht so genau einzuschätzen. Oder aber sie schenken bestimmten Aussagen sehr viel Glauben, die sich dann hinterher als Fallstricke entpuppen.

Mahed Alboudi. Ich komme aus Syrien und ich mache momentan ein Praktikum beim Landesausländerbeirat. Ich wollte heute gern mit Ihnen sein. Aber ich kann die Diskussion noch nicht richtig verfolgen, mein Deutsch hilft mir noch nicht.

Herbert Storn. Für die GEW Frankfurt und teilweise auch Hessen. Gestern nahm ich an einer AG zur Bildungsfinanzierung teil. Dort wurde am Rande auch überlegt, den Abstieg vom Gemeinsamen Unterricht (GU) zur sogenannten Inklusion mal numerisch - also mit Zahlen - zu untermauern. Es gab ja auch schon einen Abstieg während der Zeit des GU.

Wir würden diese Entwicklung gerne vergleichbar machen.

Auch würden wir dadurch gern die Argumentation des Kultusministeriums entkräften, dass mehr Personal in die Schulen gesteckt worden sei als vor zwei Jahren oder vor vier Jahren. Das kann man entkräften, indem wir die dazugekommenen Aufgaben der Personalentwicklung gegenüber stellen und zeigen, wie ist das Verhältnis. Wie hat sich das entwickelt?

Dr. Vera Affeln. Ich bin inzwischen pensionierte Sonderschullehrerin. Es ist nämlich heute immer noch eine Sonderschule. Ich habe an Sonderschulen für Verhaltensgestörte gearbeitet und bin da raus, weil ich nach 10 Jahren davon überzeugt war, dass die Sonderschule nichts verändern kann. Es sind die Verhältnisse die sich auswirken, in denen man aufwächst. Anfang der 90er Jahre gab es dann eine Deprofessionalisierung und ich habe dem meine individuelle Professionalisierung entgegengestellt. Weil ich über die politische Dimension der Sonderpädagogik mehr wissen wollte, habe ich über diese Frage promoviert. Seit 20 Jahren hat man der Sonderpädagogik erfolgreich ausgetrieben, die soziale Frage als Politikum zu sehen. Ich selbst habe in meiner Arbeit immer versucht, diese politischen Erkenntnisse in meinem praktischen Handeln in einem Förder- und Beratungszentrum für Verhaltensgestörte in Frankfurt, umzusetzen. Ich gehöre dem Verein „Politik gegen Aussonderung. Koalition für Integration und Inklusion“ an. Dort habe ich lange im Vorstand gearbeitet. Ich bin Mitglied der Linken und interessiere mich auch nach meiner Pensionierung für die Thematik. Ich arbeite auch mit der GEW zusammen, um dieser Politisierung der Sonderpädagogik wieder zur Bedeutung zu verhelfen. In dem Sinne bin ich auch hier.

Knut Dörfel. Ich komme aus Frankfurt und war mein Leben lang Gesamtschullehrer. Ich bin ausgebildeter Gymnasiallehrer, war Studienrat und Oberstudienrat und später dann auch Leiter einer integrierten Gesamtschule. Ich hatte das persönliche Glück, zuletzt der Schulleiter der Ernst Reuter Schule II in Frankfurt zu sein. Eine Schule mit Klassenstufen 5 bis 10, in der Gemeinsamer Unterricht praktiziert wurde. Mit dem Aufkommen der Inklusion und der Realisierung dessen, was die Landesregierung fälschlicherweise Inklusion nennt, wurde GU als erfolgreiches Modell abgebaut, nivelliert.

Einige Dinge erfüllen mich mit großer Sorge.

Erstens die immer stärker um sich greifende Begriffszerstörung: also inklusiver Unterricht heißt es in einer Klasse, in der anderen Klasse ist es dann keiner, weil da eben zufällig kein Kind mit Förderbedarf ist. Diese Reduzierung des Inklusionsbegriffs auf einzelne Lerngruppen oder einzelne Unterrichtsstunden ist absolut nicht förderlich. Auch nicht, dass man sich oft ganz früh damit zufrieden gibt, dass es überhaupt irgendein inklusives Angebot gibt. Wenn irgendwo in der Stadt vielleicht ansatzweise versucht wird, inklusiv zu arbeiten, dann reicht das schon aus. Man gibt sich zufrieden.



Kirsten Heberer. Ich arbeite für das Fachreferat Inklusion in Frankfurt bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen und gleichzeitig bin ich Förderschullehrerin in einer Waldorf-Förderschule in Kassel, in einer dritten Klasse.

Die zweite Sorge ist die große Unsicherheit, die jedes Jahr zu Schuljahresbeginn in den Schulen besteht. Schulen, die inklusiv arbeiten wollen, werden gezwungen, einen Teil der Schüler/innen abzulehnen, die sich bei Ihnen bewerben. Weil sie von vornherein wissen: soviel Ressourcen bekommen wir nicht, wie wir eigentlich für unsere Arbeit benötigen, wenn wir das verantwortungsvoll machen wollen. Das ist jetzt so in Frankfurt, wo im Augenblick gerade die Bescheide verschickt werden. Aber es wird versucht, das geheim zu halten und es gibt irgendwelche Dienstbesprechungen, aus denen nichts nach außen dringen darf. Darüber schrieben jetzt sogar die Regionalzeitungen! Eine ganz schlimme Situation! Angeblich soll nachgesteuert werden - aber dann geht es immer nur um irgendwelche Stunden.

Die dritte Sorge ist, dass das Engagement für Inklusion an den Schulen ausgetrocknet wird. Es ist eine Tatsache, dass sich ein unglaublich großer Unmut und Unwillen zum Thema Inklusion entwickelt - zwangsläufig in so einer Situation aus meiner Sicht! Die Frage ist doch: welche Schulen werden belastet und welche Schulen werden nicht belastet? Die Gymnasien schreiten munter voran, soweit ich weiß. Und das wird zu keinem Zeitpunkt problematisiert.

Überhaupt wird immer mehr vergessen und unterschlagen das der Begriff Inklusion, wie er in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert ist, das Gebot beinhaltet, ein inklusives Bildungs- und Schulwesens herzustellen und nicht nur ein bisschen was zu machen, das nach Inklusion aussieht.

Also da ist der Knackpunkt! Doch wenn man das ausklammert und weg lässt und sagt: „Es genügt doch, wenn wir die Kinder irgendwie versorgen - und nur die betroffenen Kinder“, hat man Inklusion überhaupt nicht verstanden! An der Stelle droht meiner Meinung nach auch zunehmender Unmut.

Die Leute müssen ja schier resignieren! Ich erlebe, dass ich von immer weniger Lehrerkollegen Rückmeldung bekomme. Sie versuchen in ihrem Unterricht zu überleben, irgendwie. Und jede Schule versucht, irgendwie klar zu kommen. Man mischt sich dort auch politisch nicht mehr ein. Also eine absolut unwürdige und auch menschenfeindliche, schülerfeindliche, elternfeindliche Situation.

Ja ich bin hier, um unterstützend tätig zu sein in dieser Runde und beratend, wenn ich kann.

Torsten Fink. Ich komme auch aus Frankfurt. Ich bin Abteilungsleiter an einer beruflichen Schule und bin dort für Berufsvorbereitung und Berufsfachschule zuständig. Ich bin außerdem Fachberater für sonderpädagogische Förderung an beruflichen Schulen für das staatliche Schulamt Frankfurt.

Das ist symptomatisch für die berufliche Schule: Ich bin kein Förderschullehrer! Ich bin normaler Handelslehrer und habe mir das alles so drauf geschafft. Ich bin einfach mal gefragt worden, ob ich Lust hätte, das zu machen. Nach der Verordnung gibt es mich schon seit mehreren Jahren gar nicht mehr.



Ich hatte bis zum letzten Halbjahr drei Stunden Abordnung für 16 berufliche Schulen mit round about 40.000 Berufsschülern. Im Augenblick hab ich gar keine Stunden mehr dafür. Im Augenblick erhalte ich von meinem Schulleiter, der das unterstützt, drei Stunden aus dem Schuldeputat. Damit ich das weiterhin mache.

Und ich versuche halt immer mal meine Finger zu heben: „Hallo uns Berufler gibt es auch noch!“ Wir werden auch von wohlmeinenden Stellen oft einfach vergessen, weil wir nicht in dieser normalen Schiene sind: Grundschule, Gesamtschule oder Gymnasium. Sondern wir sind so ein bisschen außen vor.

An beruflichen Schulen haben wir ja eigentlich schon immer Inklusion gehabt. Wer einen Ausbildungsvertrag hat, kommt an die Berufsschule. Und auch gerade in meinem Bereich, der Berufsvorbereitung. Das ist eigentlich keine Inklusion mehr, sondern es ist fast - das muss man leider sagen - die neue Sonderschule. Geschätzt, nicht diagnostiziert, gehe ich von so ungefähr 80 Prozent meiner Schülerinnen und Schüler aus, die eigentlich einen Förderbedarf hätten im Bereich Lernen oder emotional-sozial.

Roman George. Referent für Bildungspolitik und bei der GEW Hessen. Ich möchte zuhören und möglichst viel von hier mitnehmen.

Dr. Dorothea Terpitz. Vorsitzende von „Gemeinsam Leben Hessen e.V.“ Ich bin auch Mitglied bei der GIB- Gruppe Inklusionsbeobachtung - zusammen mit der GEW, Roman George und Stefan Zelder. Ich bin Elternvertreterin und kämpfe im Einzelfall mit den betroffenen Eltern um Inklusion und um die angemessenen Vorkehrungen dafür.

GIB macht demnächst eine Veranstaltung zum Thema „Ausgeschult“. Wir erleben, dass mehr und mehr Kinder komplett ausgeschult werden, weil im System nichts für sie vorgehalten wird. Dazu findet am 22. Juni eine große Fachveranstaltung statt.

Also das, was Knut Dörfel auch schon gesagt hat, sehe ich auch so: Wir fordern eine hundertprozentige Inklusion - und zwar so, wie das in der UN-Konvention steht. Das heißt, es muss ein inklusives Schulsystem errichtet werden! Ein inklusives System! Und das verträgt sich nicht mit dem Aufrechterhalten eines Doppelsystems von Förderschulen und Inklusion an Regelschulen, mit dem wir immer wieder vertröstet werden.

Und wir erleben sehr oft, dass gesagt wird, die Förderschulen müssten erhalten werden, weil die Eltern sie doch wählen. Wir halten dann dagegen, denn Eltern wählen Förderschulen eigentlich aus drei Gründen: Erstens weil ihre Kinder im allgemeinen System nicht willkommen sind. Oder zweitens, weil die zuständigen und angemessenen Vorkehrun-





Barbara Preusch. Schule für Lern- und Erziehungshilfe. Ich habe mit Berufsschulen, in der Berufsorientierung und mit Mischklassen gearbeitet - also Klassen in denen Regelschüler/innen und Förderschüler/innen gemeinsam unterrichtet wurden. Ich habe also Inklusion schon ansatzweise praktisch erprobt. Ich kann sagen: es funktioniert sogar auf der einfachsten Ebene, Schüler zusammen zu bringen.

gen nicht reichen. Drittens, weil Eltern Angst haben müssen, dass ihre Kinder im allgemeinen System untergehen.

Also müssen wir das allgemeine System entsprechend umstellen, damit es ein Inklusives wird! Aktuell kämpfen wir auch sehr stark gegen diese Stempelung oder Sonderpädagogisierung. Wir erleben, dass mehr und mehr Förderausschüsse einberufen werden. Dass auch immer mehr Kindern der Förderbedarf für geistige Entwicklung zuerkannt wird - also auch Kindern mit normalem IQ. Und dann heißt es: ja wir brauchen aber die Stunden im Förderschulsystem. Das entwickelt sich in eine etwas falsche Richtung! Also kämpfe ich im Einzelfall und eben auch auf politischer Ebene.

Stefan Kneisel. Ich komme aus Offenbach und bin auch im Vorstand von „Gemeinsam Leben Hessen“. Außerdem bin ich im Aufsichtsrat der Lebenshilfe Frankfurt. Auch weil ich seit vier Jahren meinen Sohn in der Inklusion habe, bin ich in diesem Thema engagiert. Ich sammle da wirklich praktische Erfahrungen - egal ob jetzt negativ oder positiv. Aber ich bin dadurch direkt an der Basis.

Dr. Dorothea Terpitz. Ich möchte noch kurz ergänzen: wir sind beide auch Mitglied bei „Igel Offenbach e.V.“ Wir sind eine lokale Elterninitiative. Aber wir haben uns auf den Weg gemacht und bieten Rechtsberatung für den Bereich Teilhabehilfe und die ganze Unterstützung nach dem Sozialgesetzbuch. Oft sitzen Eltern zwischen zwei Stühlen, wenn es um Inklusion geht. Dasselbe gilt für die Nachmittagsbetreuung. Damit setzen wir uns derzeit auch rechtlich auseinander. Das ist ein großes Problem, weil das nicht geregelt ist.

Ingrid Tschirner. Ich arbeite an einer Förderschule für Lernhilfe und Erziehungshilfe im Wetteraukreis, mit BFZ.

Ich habe dort lange Zeit das BFZ geleitet und bin auch Konrektorin.

Brita Schäfer. Ich bin Hauptstufenleiterin an einer Schule für Lern- und Erziehungshilfe.

Christel Müller. Ich vertrete hier den „Verband Bildung und Erziehung“. Dort bin ich stellvertretende Landesvorsitzende. Ich bin Schulleiterin und seit zehn Jahren immer wieder mit der inklusiven Beschulung befasst. Mit ganz großer Sorge sehe ich, dass mein Kollegium auch zerrieben wird: zwischen dem eigenen Anspruch, den die Kolleginnen und die Kollegen an sich stellen und dem, was man leisten kann, weil die Ressourcenfrage absolut unzureichend ist.

Ich bin auch Mitglied im Hauptpersonalrat hier am Kultusministerium. Ich erlebe dort, dass man uns Zahlen um die Ohren haut und permanent wiederholt: „Wir erhöhen ja andauernd die Zahl der Stunden für die inklusive Beschulung“. Aber bei den Schulen kommen diese angekündigten Erleichterun-

gen gar nicht an. Unser Eindruck ist, dass man in der Presse Masse statt Klasse verkauft. Dem Kultusministerium geht es anscheinend nicht um mehr Qualität oder um die Ausstattung, sondern es geht um die Quantität. Die Zahlen hören sich wunderbar an.

Weil Herr Storn das vorhin auch gesagt hat, dass man die Verschlechterung vom Gemeinsamen Unterricht hin zur Inklusion mal untersuchen müsste, ein Beispiel: Ich habe vor zehn Jahren angefangen mit inklusiver Beschulung mit zwei Kindern in einer Klasse. Damals haben wir 14 Stunden bekommen. Heute sind wir froh, wenn wir 4 Stunden haben. Und das kann es ja nicht sein! Und ich sehe auch mit Sorge, dass sich mein Kollegium kaputt macht, weil es engagiert ist!

Ich leite eine zweizügige Grundschule. Für uns war dieser inklusive Gedanke von Anfang an eine ganz große Selbstverständlichkeit. Doch ich sehe immer mehr, wie die Kolleginnen wirklich auf dem Zahnfleisch gehen, weil sie sehr selbstkritisch sind und auch immer wieder das Gefühl haben: „Ich kann diesen ganzen Anforderungen gar nicht gerecht werden!“ Das ist eine Sache, die kann man so nicht zulassen und die muss man der Politik permanent vor Augen führen!

Auf jeden Fall fehlen Förderschullehrkräfte. Ja, es gibt Weiterbildungsmaßnahmen, aber dann ist nicht geklärt, ob und wie die Leute auch entsprechend eingesetzt werden und wann sie ihr Gehalt kriegen. Das kann alles nicht sein!

Was wir nach der Verabschiedung des Schulgesetzes wirklich befürchten ist, dass es im Rahmen der inklusiven Schulbündnisse zur Bildung von Schwerpunktschulen kommt. Also das kann man wirklich nur ablehnen! Dann haben wir das Gleiche wie vor der Inklusion - nur hat das Kind einen anderen Namen.

Anja Elfechtali. Ich bin Mitglied der Linken und komme aus dem Wetteraukreis. Dort bin ich Kreistagsabgeordnete mit Schwerpunkt Bildung. Ich bin hier, um etwas zu lernen.

Jochen Dohn. Ich bin Wahlkreismitarbeiter von Gabi Faulhaber. In meinem früheren Leben war ich in der Schulsozialarbeit tätig - an einer beruflichen Schule in Hanau - schwerpunktmäßig in EIBE und im BVJ.

Nicole Eggers. Ich bin wissenschaftliche Referentin für Bildungspolitik bei der Fraktion DIE LINKE hier im Hessischen Landtag.



Katrin Best-Saquib. Ich gehöre gar keinem Verein an. Ich bin einfach nur Mutter von zwei schwerbehinderten Kindern. Die beiden werden derzeit inklusiv beschult in einer ganz wunderbaren Grundschule. Wir haben eigentlich sehr gute Erfahrungen mit der Inklusion gemacht. Mein Ältester war auch mal in einer Förderschule für ein Schuljahr und damit haben wir weniger gute Erfahrungen gemacht. Deswegen bin ich heute hier, um Ihnen meine Erfahrungen mitzuteilen.



Nicht- Aussonderung ist ein Gesellschafts- projekt

Dr. Vera Affeln.

**Gedanken zur Inklusion.
Ist Inklusion als Konzept
ausreichend? Brauchen wir
nicht eine weiterreichende
politische Zielstellung?
Wie können sich die
Befürworter von Inklusion
politisch Gehör verschaffen?
Was kann durchgesetzt
werden?**

Als ich diese Einladung bekam, habe ich einen Freund gefragt, der für die Linken Bildungspolitik mit vertritt: „Was würdest du auf so einer Fachtagung hören wollen?“ Er sagte, zwei Dinge:

Einmal Informationen zur Formierung der gesellschaftlichen Kräfte, die heute die Überhand haben und die sich grundlegend gegen die Idee der Gerechtigkeit und Gleichstellung wenden, die mit Inklusion gemeint ist. Also etwas über die Kräfte, die die Bedingungen schaffen, die zur Kritik Anlass geben.

Und zweitens aber auch grundlegende Überlegungen zur Gleichstellung und Gerechtigkeit für alle Menschen, egal aus welchem Kulturkreis usw. sie kommen. Egal welchen Bildungsstand oder welchen sozialen gesellschaftlichen Status ihre Familien haben.

Also ist das, was ich mir für heute überlegt habe, eigentlich eine Erinnerung. Eine Erinnerung an Grundlagen, die in der Diskussion oft untergehen.

Zum Einen ist da die Idee einer Nicht-Aussonderung. Mir gefällt der Begriff „Nicht-Aussonderung“, weil Inklusion heißt: „Aussonderung vermeiden“. Das ist Grundsatz.

Gleichzeitig stellt man fest: inkludiert wird jeder in irgend etwas. Aber die Frage ist: In was?

Sonderschulen haben ja sowieso die Tendenz zu sagen, wir inkludieren. Besonders ihre Funktionäre. Schon 1972, als die Integration anging, haben sie schon behauptet, sie seien inklusive Einrichtungen.

Inklusion ist ein qualitativer Begriff, den man nicht verschwenderisch gebraucht. Das ist eine Qualität. Man sollte sich dieser Qualität vergewissern - auch in der Diskussion, weil man ganz schnell aufs Glatteis geführt wird.

Zum andern halte ich das Menschenbild für zentral, von dem ausgegangen wird. Wovon reden wir eigentlich, wenn wir von Menschen sprechen mit Behinderung oder ohne? Wo kommt es her und welches Menschenbild ist da grundlegend? Diese Sichtweise in der theoretischen Diskussion kommt in der materialistischen Behindertenpädagogik zum Ausdruck, die auch die psychoanalytischen Fragestellungen mit beinhaltet. Obwohl es auch hier viele Diskussionen gibt. Das Dritte ist die Sammlung empirischer Befunde. Also wir haben 40 Jahre Integrationsforschung und manche tun so, als ob es die Probleme in der Schule erst mit der Inklusion gebe. So als fingen wir gerade erst an und müssten jetzt noch zehn oder zwanzig Jahre Forschung betreiben. Und das brauchen wir nicht! Wir wissen wie es geht! Und dazu wollte ich mir erlauben ein paar Dinge zu sagen.

Nicht-Aussonderung - Inklusion statt Exklusion - ist ein Gesellschaftsprojekt. Es wird immer verengt auf die Schule. Das geht aber nicht. Wir brauchen ein Gemeinwesen, das barrierefrei ist, Willkommenskultur praktiziert und offen ist für alle. Es ist eine generelle Überwindung eines Defizitdenkens nötig in Bezug auf eine fiktive Norm. Es heißt also

nicht: jemand kann etwas nicht, sondern er ist sozusagen auf seinem Entwicklungsniveau an diesem Punkt und das hat gute Gründe. Die Anforderungen an eine inklusive Gesellschaft kommen ja auch in der UN-Behindertenrechtskonvention und in der Menschenrechtskonvention zum Ausdruck. Das heißt auch, dass Menschen ihre Interessen vertreten!

Es gibt diesen Satz: „Nichts über uns, ohne uns!“ Was paternalistische Fürsorge ausschließt. In der Psychiatrie hat beispielsweise Wolfgang Jantzen immer wenn es um Verhandlungen über weitergehende Maßnahmen ging, selbst schwerst psychisch Beeinträchtigte oder auch Behinderte mit an den Tisch geholt, damit sie über ihre Anliegen möglichst weitgehend mitbestimmen. Menschen haben gute Gründe, sich so oder so zu verhalten. Und jedes Verhalten ist sinnvoll. Aufgrund einer fiktiven Norm kann es nicht möglich sein, jemandem etwas abzusprechen.

Doch Sonderschulen machen das. Also ich bin selbst Sonderschullehrerin, ich habe Jahrzehnte in der Sonderschule gearbeitet. Ich kenne das, wie die Kolleginnen und Kollegen reagieren, wenn ich auf diese Dinge hinweise: „Du greifst uns an“, „Du machst die Schulen schlecht“ usw.

Mir geht es aber um strukturelle Merkmale, nicht um Persönliches. Es geht ums System. Und es geht um Würde. Ein ägyptischer Journalist hat mal zu Zeiten des arabischen Frühlings 'Würde' definiert: „Würde ist Brot, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit.“ Und das fand ich als Überschrift sehr passend.

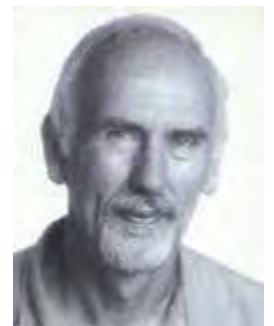
Ich stieß auf einen Internet-Auftritt, den ihr vielleicht alle schon kennt, für mich war er neu: Inklusionsfakten.de. Das ist eine interessante Webseite, die sich mit den Mythen der Inklusionsskeptiker auseinandersetzt. Unter anderem bekommt man ja, wenn man sich mit diesen Mythen beschäftigt, auch die Gegenargumente mit. Die sind immer gleich. Die sind seit 40 Jahren gleich. Doch das ist auch immer eine Machtfrage und eine Ökonomiefrage: Wie wirkungsvoll sind diese Mythen überhaupt? Im Moment sind sie leider relativ wirkungsvoll, weil sie einer Realität als Macht des Faktischen entsprechen. Wir müssen also zum Wesen zurückkehren und uns nicht vom Zeitgeist ablenken und beeindrucken lassen. Ich habe mich deshalb nochmal mit der UN - Menschenrechtskonvention beschäftigt. Es wird ja immer gesagt, in der Behindertenkonvention gibt es nicht mal das Wort Menschenrechte. Und dann muss man sich das genau angucken, weil man sonst auf's Glatteis geführt wird.

Es gibt einen Katalog von Menschenrechten, und dazu gehören auch die Behindertenrechte! Schaut euch die UN-Charta mit 30 Artikeln an. In denen steht: Niemand darf aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden. Es ist ein Menschenrecht! Jeder hat dieses Recht! Es ist kein Gnadenakt, sondern es ist ein universelles Recht, das eingefordert werden kann. Das Grundgesetz hat daraus dann das Benachteiligungsverbot gemacht und hat die Behinderten mit aufgenommen. Das stand ja nicht immer drin - erst seit 1994.



www.behindertenrechtskonvention.info/

Das „**Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**“ (**Convention on the Rights of Persons with Disabilities – CRPD**), allgemein als UN-Behindertenrechtskonvention bekannt, wurde am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen und ist am 3. Mai 2008 in Kraft getreten.



Wolfgang Jantzen.
Hochschullehrer und
Sonderpädagoge, entwickelte
eine marxistische
Behindertenpädagogik.
Jantzen hat zahlreiche Schriften
und Bücher zu diesem Thema
verfasst.

wikipedia.org/wiki/wolfgang_jantzen/



Internetplattform, die sich mit
Mythen und Fakten rund um das
Thema Inklusion auseinandersetzt.

www.kinderrechtskonvention.info/

Das „**Übereinkommen über die Rechte des Kindes**“ wurde von der UN-Generalversammlung am 20. November 1989 verabschiedet und trat zum 2. September 1990 in Kraft.



<http://www.politik-gegen-aussonderung.net/schwarzbuch-inklusion-2013.pdf>

Das Schwarzbuch Inklusion wurde von „Politik gegen Aussonderung“ 2013 herausgegeben.

P o A

Politik gegen Aussonderung

www.politik-gegen-aussonderung.net/
Koalition für Integration und Inklusion e.V.

Auch die UN-Kinderrechtskonvention beschreibt in Artikel 23 das Recht für geistig oder körperlich behinderte Kinder, ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen, das die Würde wahrt, die Selbständigkeit fördert und die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben erleichtert. Die Kinderrechte wurden 1989 von der UN verabschiedet. Die Bundesrepublik hatte Vorbehalte gegen diese Konvention formuliert, die erst vom Bundesrat 2010 aufgehoben wurden. Diese Nicht-Ratifizierung hatte dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche abgeschoben und auch in Abschiebehafte genommen werden konnten. Das ist ja aktuell wieder ein wichtiges Thema. Heute wird ja wieder abgeschoben - also das widerspricht dem, was sie ratifiziert und unterschrieben haben. Die Behindertenrechtskonvention hat auch mit der Kinderrechtskonvention zusammen ein Verbot einer unangemessenen Behandlung von Kindern und Jugendlichen festgeschrieben. In diesem Zusammenhang muss man zum Beispiel sehen, was im Schwarzbuch Inklusion zusammengetragen wurde, das 2013 von PogA (Politik gegen Aussonderung) herausgebracht worden ist, an dem ich auch mitgearbeitet hatte. Im Schwarzbuch haben wir sowohl die Einstellungen betreffend Inklusion als auch den Umgang mit inklusiver Politik, mit inklusiven Bestrebungen, Strukturmerkmale herausgearbeitet. Wir konnten sowohl im Gemeinwesen als auch im Bildungswesen Exklusionsstrategien und konkrete Interventionen identifizieren.

Ein Strukturmerkmal ist, dass die allgemeine Schule das Bewusstsein der Zuständigkeit für alle Kinder hat. Und es gibt in der allgemein Pädagogik einen Abgabehabitus und in der Sonderpädagogik gibt es den Aufnahmeabitus. Das gilt es zu durchbrechen. Zuständigkeit ist nämlich ein kooperatives Verhältnis, ein gleichberechtigtes.

Ein anderes Problem betrifft das Professionsverständnis. Professionsverständnis bedeutet, dass man nicht sagen kann: „Dafür bin ich nicht ausgebildet.“ Jede Sekretärin, die ein neues Computerprogramm bekommt und dann sagt: „Dafür bin ich nicht ausgebildet“, die kann ihren Arbeitsplatz wechseln. Wir können so etwas nicht sagen! Wir müssen uns aus- und fortbilden. Wir sind zuständig, wenn ein Kind zu uns kommt.

Das dritte Problemfeld ist die unabhängige Beratung. Es gibt in Beratungssettings mit Sonderpädagoginnen und -pädagogen eine Neigung, die Eltern in eine alternativlose Situation zu versetzen. Bei manchen Fragen wissen wir auch nicht ausreichend Bescheid und können das nicht zugeben. Dadurch wird auch falsch informiert. Migrantinnen betrifft das besonders. Migrantinnenvertretungen sagen oft auch zu wenig. Und oft wird nur in Richtung Sonderschule beraten. Darum braucht es unabhängige Beratungen. Das ist Teil der Behindertenrechtskonvention - dazu ist die Bundesrepublik verpflichtet. Solche unabhängigen Beratungen sind finanziell so auszustatten, dass sie dem Individuum entsprechen können. Planungssicherheit ist wichtig: es kann nicht sein, dass je-

mand nach der Grundschule in der 5. Klasse ausgesondert wird. Das ist ja dann die Macht von Expertinnen und Experten. Die Kostenzuständigkeit, also Jugendamt, Schule und andere notwendige Träger, muss in einem vernetzten System geklärt sein. Das ist oft entscheidend für konkrete Handlungsoptionen im Kontext von Nicht-Aussonderung.

Ich komme jetzt zum Menschenbild.

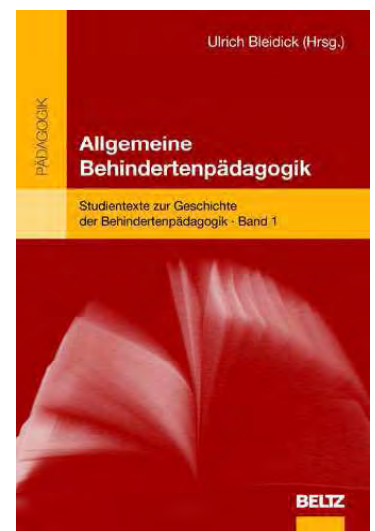
Professor Bleidick sagte einmal, Sonderschülerinnen und -schüler gibt es nur dort, wo es Sonderschulen gibt. Untersuchungen zeigen, dass die Überweisung in eine Sonderschule eine soziale Frage darstellt. Nehmen wir zwei Kinder mit gleichem IQ an. Das aus einer Mittelschichtsfamilie kommt mit guten Ressourcen, wird eher im Gymnasium und der allgemeinen Schule belassen. Wenn das Kind aus einer Migrations- oder Unterschichtsfamilie kommt, landet es eher in der Haupt- oder Sonderschule.

Dazu gibt es viele Untersuchungen. Derzeit werden sie von interessierter Seite oft angegriffen: sie lägen zu lange zurück und die Methodik sei fehlerhaft. Da sollten wir uns aber nicht beirren lassen. Es gibt ein Buch von Michael Felten, „Die Inklusionsfalle“. Darin sieht er Unterschiede bei Kindern mit Behinderung: „Bei der Integration haben wir die Kinder, die weniger behindert sind und in der Sonderschule haben wir die Schwerstbehinderten. Und die kann man nicht miteinander vergleichen und beschulen.“ Jetzt fragt man sich, warum Inklusion in anderen Ländern praktiziert werden kann und bei uns soll es nicht gehen? So soll Forschung reaktiviert werden. Das ist natürlich Quatsch. Doch der Herr Felten hat ja leider Recht bekommen in NRW. Da wird ja nach der Wahl von CDU und FDP mit Augenmaß gearbeitet. Was heißt, bei der Inklusion wird auf Verzögerungstaktik gesetzt. Leider hat man nur dann größere Chancen in die Integration zu kommen, wenn man engagierte Eltern hat.

Ein Schulleiter aus der Frankfurter Sehbehindertenschule hat mir gesagt: „Wir haben die meisten Kinder in der Inklusion in der allgemeinen Schule. Hier haben wir den Rest, deren Eltern nicht in der Lage sind, sich engagiert einzusetzen. Oder auch Ängste haben, dass ihre Kinder in der allgemeinen Schule nicht bestehen.“ Wir haben also vielfältige Strategien, Inklusion zu unterlaufen.

Untersucht haben das auch Mechthild Gomolla und Frank-Olaf Radtke in Ihrem Buch „Institutionelle Diskriminierung - die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule“. Wenn ein Kind aus einer Migrantenfamilie kommt ist die Unterstützung durch die Eltern nicht gut. Das Gymnasium braucht die Unterstützung durch die Eltern. Also kommt das Kind nicht ins Gymnasium, sondern an die Gesamtschule. Und diese Zugangsschlüssel haben wir auf allen Ebenen. Also gibt es keine bildungsfernen Schichten, sondern es gibt nur Schichten und Gruppen von Menschen, die von Bildung fern gehalten werden.

Es geht nicht, dass sich die Kinder der Schule anpassen müssen und nicht die Schule den Kindern. Es ist eine Erkenntnis



Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Bleidick.
Lehrte an der Universität Hamburg
Allgemeine Behindertenpädagogik.
Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.
zum Begriff der Behinderung,
Untersuchungen zum
Berufsverständnis von Sonder-
schullehrern, zur beruflichen
Bildung behinderter Jugendlicher
und zur Geschichte der
Behindertenpädagogik.

Michael Felten: Die Inklusionsfalle.
Gütersloher Verlagshaus, 2017.
ISBN 9783579086729



Frank-Olaf Radtke und Mechthild
Gomolla: Institutionelle Diskriminierung.
Die Herstellung ethnischer
Differenz in der Schule. 2002.
ISBN 3531166425

der Integrationsforschung, dass Integration funktioniert. Kinder mit und ohne Behinderung profitieren voneinander. Früher hieß es, dass die Kinder mit Downsyndrom nie Lesen und Schreiben lernen. Inzwischen haben einige studiert. Grenzen von vornherein und prinzipiell festzulegen, geht nicht. Die Integration hat in den letzten 40 Jahren gewaltige Fortschritte gezeigt. Und die sollten wir uns auch nicht nehmen lassen. Es gibt in der Forschung nicht eine einzige Untersuchung, die die Vorteile der Sonderschulen nachweist. Es gibt aber die Wirklichkeit, dass in der Sonderschule 80 Prozent der Schüler/innen ohne Abschluss gehen, dass die Mehrzahl keinerlei Berufsausbildung hat.

Brigitte Schumann schrieb das Buch: „Ich schäme mich ja so“. In einer Veranstaltung der Ernst Reuter Schule I hat sie referiert. Ein Putzmann fiel meinen Kolleginnen und Kollegen auf, der an der Bühne stand und zugehört hat. Der sagte später: „Die Frau hat ja so recht! Ich komme aus der Sonderschule. Sie spricht mir aus dem Herzen, weil mal jemand das so sagt, wie es uns geht.“ Wer abgelehnt und ausgesondert wird, der nimmt das ins Selbstbild auf und er hat auch gegenüber anderen eine negative Haltung.

Die Sonderschule hat nach allen empirischen Untersuchungen die höchste Rate von Absentismus, Gewalt und Ablehnung durch Andere. Das kann durch den Einsatz einer Lehrkraft abgebaut, aber nicht verhindert werden. Entscheidend ist die Realität. Aussonderung ist ein Prozess, der setzt sich in den Individuen und den Institutionen durch, wenn das nicht systemisch verändert wird.

Oft wird die Kostenfrage gestellt. Was ist billiger: Aussonderung oder Inklusion? Wenn man sich auf eine solche Kosten-Nutzen-Rechnung einlässt, muss man wissen: das hatten wir schon einmal. Wer historisch denkt - und wir müssen historisch denken - der weiß, dass Sonderschülerinnen und -schüler in der Zeit von 1933 bis 1945 auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Rechnungen bewertet, zwangssterilisiert und der Euthanasie anheim gestellt wurden. Alles, um die Kosten zu drücken. Also deshalb bin ich bei der Kostenfrage immer zurückhaltend.

Preuss-Lausitz und Klemm haben das für die Bertelsmann Stiftung ausgerechnet. Man muss zwar bei der Bertelsmann Stiftung vorsichtig sein, aber man kann deren Ausführungen als Gegenargument benutzen. Preuss-Lausitz hat festgestellt, dass besonders die Transportkosten bei der Sonderschule zu Buche schlagen. Transportkosten sind der höchste Posten bei den Folgekosten. Seriöse Rechnungen sagen, dass es langfristig geringere Kosten gibt, wenn inkludiert wird.

Ein weiteres Argument der Gegenseite ist immer der Elternwille. Jetzt mal ehrlich: für die Zuweisung an eine Sonderschule hat in den letzten 120 Jahren noch nie der Elternwille gezählt! Es gab die Zwangseinweisung in die Sonderschule! Am Fall Henri konnte man sehen, wie ein Elternwille akzeptiert wird! Wenn ein Kind mit Behinderung ins Gymnasium



Brigitte Schumann:
Ich schäme mich ja so.
Klinkhardt, Julius; März 2007.
ISBN 3781515141

Klemm-Studie 'Inklusion'

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Klemm-Studie_Inklusion_2015.pdf

<http://www.schul-inklusion.de/studie-inklusion-bertelsmann.pdf>

oder die Realschule gehen will, muss sich dieser Elternwille massiv Gehör verschaffen! In Henris Fall hat die Schule blockiert, obwohl sie eine Ressourcenzuweisung bekommen haben, nach der man sich nur die Finger nach lecken kann: Sie hätten für Henri eine absolute Doppelbesetzung und fünf Deputatstunden bekommen! Alle Gymnasiallehrerinnen und -lehrer hätten fünf Deputatstunden bekommen, dafür, dass sie sich beraten können. Sie hätten eine wissenschaftliche Begleitung gehabt, eine Beratung und Fortbildung! Alles, was die Inklusionsbewegung und auch die Kritiker fordern, damit Inklusion umgesetzt werden kann. Und dann wird Inklusion abgelehnt! Dann wird die Mutter beschimpft, weil sie Inklusion will!

Was ist das? Ist das Angst und Abwehr gegen Menschen mit Behinderung? Das gibt es ja nicht nur in der allgemeinen Schule, sondern auch in der Sonderpädagogik. Leider lieben auch wir Sonderschullehrer/innen unseren Schonraum schon sehr. Wir müssen da auch selbstkritisch sein. Dass wir in einer allgemeinen Schule so normal sind, wie alle anderen Lehrerinnen auch, gefällt uns nicht immer. Wir haben unsere Autonomie und unseren besonderen Status und das geben wir damit auf. Ich weiß das, weil ich nur in allgemeinen Schulen tätig war und ich mich genauso mit diesem Phänomen auseinandersetzen musste: Man muss Vorurteile aufgeben. Zum Beispiel - wie sagte Herr Schröder? - dass Haupt und Realschullehrerinnen irgendwie faule Säcke sind und vieles mehr. Diesen Sonderstatus, Sonderpädagoge, das gibt es dann nicht mehr.

Der Elternwille ist eine Chimäre. Und jetzt stellen wir uns vor, Eltern dürften entscheiden - und teilweise dürfen sie das ja auch. „Über Schengen dürfen wir nicht abstimmen“, hat der Behindertenpädagoge Georg Fäuser immer gesagt, „aber jede Schule und jedes Elternbeiratsmitglied darf darüber abstimmen, ob ein behindertes Kind in die allgemeine Schule gehen kann.“

Das geht ja wohl gar nicht! Der private Elternwille zählt meines Erachtens nur dann, wenn die Kinder in die Privatschule gehen. Aber auch dann muss man sehen, dass unter anderem große finanzielle Zuschüsse vom Land an die Privatschulen fließen.

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass zwar die Inklusionsquote durchaus steigt aber die Förder- und Sonderschulbesuchsquote auch. Die Ressourcen für die allgemeine Schule hängen noch an diesem Konstrukt „sonderpädagogischer Förderbedarf“. Der gehört abgeschafft.

Ich kenne die Diskussion um die Etikettierung eines Kindes. Aber das ist das Etikettierungsressourcendilemma. Wir müssen dazu übergehen zu sagen, was ein Kind benötigt, was eine Schule benötigt. Das kriegt sie dann, ohne dass es auch noch Etikettierungen braucht.

Es gibt doch innerhalb der sonderpädagogischen Förderbedarfe z. B. für Erziehungshilfe, eine große Bandbreite von



<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/henri-mit-down-syndrom-besucht-jetzt-eine-realschule-a-1032911.html>

Henri Erhardt ist ein Junge mit Down-Syndrom, der nach der Grundschule zusammen mit seinen Freunden das Gymnasium besuchen wollte.





hochbegabt bis geistig behindert. Das ist eine Querschnittsaufgabe. Genauso wie Lernhilfe. Das kann man nicht mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf einfach abdecken. Man kann es nur bewältigen, indem man soziale, indem man individuelle und gemeinschaftliche Aufgaben definiert.

Und natürlich gibt es dann die Belastungsgrenzen-Frage für die Lehrkräfte. Preuss-Lausitz sagt: „Bei zwölf verhaltensauffälligen Kindern ist der Lehrer der Dreizehnte.“ So habe ich mich auch oft gefühlt. Doch diese Grenzen entspringen den begrenzten und nicht angemessenen Vorkehrungen. Es sind nicht die Grenzen einer Gemeinschaft, eines Teams, einer sozialen Gruppe. In der Forschung wird viel zu wenig auf diesen Gruppenbezug geachtet. Wenn eine Klasse sich wie *ein Kind* verhält, ist das ein großer Niveauanstieg.

Unabhängig von der Inklusion gibt es die Theorie der erschöpften Gesellschaft. Es gibt Überlastungsanzeichen nicht nur bei Lehrkräften. Ich wohne gegenüber der EZB. Beschäftigte haben eine Überlastungsanzeige gemacht. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Das haben wir nicht nur im Umgang mit den behinderten Kindern.

Zum Menschenbild möchte ich gern noch hinzufügen: Das materialistische Menschenbild besagt, dass Äußeres zu Innerem wird. Das Menschenbild existiert sozusagen immer in der Interaktion. Es gibt den Begriff 'impairment' und es gibt den Begriff 'disability'. Impairment ist das, was ein Kind mitbringt. Disability ist die Behinderung, die die Gesellschaft produziert. Das muss man unterscheiden! Wenn die Kinderarmut ansteigt, dann steigen auch die Behinderungen an, denn Behinderung macht arm und Arme werden behindert. Die Sonderschule ist durchgehend eine Schule der Deprivierten. Butterwegge sagt: „Inklusive Beschulung ist ein Kampfmittel gegen Armut.“

Und das geht! Empfehlen möchte ich dazu den Film der Regisseurin Hella Wenders. In ihrem Dokumentarfilm über die Schule Berg Fidel in einem Brennpunktviertel von Münster, porträtiert sie Kinder in der Inklusion. Die Regisseurin hat

genau das aufgenommen, dass eben viele Allgemeinlehrkräfte immer sagen: das könne wir nicht leisten. Und sie hat dann beschrieben, wie die Grundschule doch die Inklusion schaffen könnte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gabi Faulhaber. Danke für den Vortrag Vera Affeln.

Er hat viele Aspekte erneut aufgeworfen, die im Moment in der Diskussion keine Rolle mehr spielen. Es gibt jetzt sicher Diskussionsbedarf oder Widerspruch dazu. Aber zuvor würde ich gern noch mehr zur Praxis kommen. Wir wollten ja den Anspruch mit der Praxis verbinden und auch besprechen, welches die Schwierigkeiten oder die Chancen sind, die sich aus der inklusiven Arbeit ergeben

Frau Best-Saquib würde gerne darstellen, wie Inklusion mit ihren beiden Kindern in der Praxis aussieht und danach steigen wir in die breitere Diskussion ein.

Ich wollte mich nochmals bedanken für die Möglichkeit der Teilnahme. Als Mutter von zwei behinderten Kindern die derzeit inklusiv beschult sind, gehöre ich natürlich zu den betroffenen Menschen. Und nach meinen bisherigen Erfahrungen mit der Inklusion - ich war anfänglich sehr skeptisch der Inklusion gegenüber - bin ich heute eine Inklusionsbefürworterin geworden. Eine gute inklusive Schule kann wirklich wahre Wunder bei den inklusiv beschulten Kindern bewirken. Eine normale allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule kann dies nicht. Dort wird oftmals nur in Schubladen gedacht. Rechts und links von dem Tellerrand ist keine Förderung möglich.

Mein ältester Sohn hat den sonderpädagogischen Förderbedarf „Sprache“ und wird entsprechend lernzielgleich beschult. Außerdem hat er eine Teilhabeassistenz von 13 Stunden in einem gebundenen Ganztage, die vom Jugendamt bezahlt wird. Er hatte zunächst die Vorklasse einer Sprachheilschule besucht. Jetzt ist er inklusiv in seiner Grundschule. Ein Grund für die Schulwahl war die wohnortnahe Beschulung. Zuvor betrug sein Schulweg eineinhalb Stunden einfache Fahrzeit. Das mutet noch nicht einmal das Arbeitsamt einem Arbeitssuchenden zu, keinem Erwachsenen. Aber einem Grundschüler wird so etwas zugemutet. Mein Sohn ist in der Schulzeit im Unterricht eingeschlafen. Er musste früh um fünf Uhr aufstehen. Er hat dadurch die Lust an der Schule verloren.

In der neuen Schule ist eine ganzheitliche Förderung möglich gewesen. In der Sprachheilschule war eine ganzheitliche Förderung nicht möglich. Dort wurde nur die Sprache gefördert. Natürlich sehr intensiv - jeden Tag eine Stunde Sprachheilunterricht - aber die motorischen und die sozialen Probleme blieben außen vor.



Berg Fidel - eine Schule für Alle.
Ein Dokumentarfilm der Regisseurin Hella Wenders über eine Grundschule in Münster (Westfalen).

**Es gibt in
Hessen sehr
gute, inklusiv
arbeitende
Schulen.
Doch sie sind
selten.**

Frau Best-Saquib

**Inklusion kann gelingen:
mit multiprofessionellen
Teams und
ganzheitlicher Förderung.**

Mein jüngster Sohn hat den sonderpädagogischen Bedarf „geistige Entwicklung“ und wird daher nicht lernzielgleich beschult. Eine Schulbegleitung steht ihm während des gesamten Schultags zur Seite. Auch in den Pausen.

Beide Kinder besuchen die gleiche Grundschule im Main-Taunus-Kreis. Es ist also möglich: die inklusive Beschulung eines leicht behinderten Kindes und eines wirklich schwer behinderten Kindes in derselben Schule. Es ist kein Problem. Es funktioniert.

Es gibt auch heute in Hessen durchaus sehr gute, inklusiv unterrichtende Schulen, nur sind diese sehr selten. Meine Söhne haben das große Glück, in eine dieser Vorzeigeschulen zu gehen. Und diese Schule hat mittlerweile 30 Jahre Erfahrung mit Inklusion. Dort kann man heute mit praktisch allen Krankheiten und Behinderungen umgehen. Der professionelle und auch nüchterne Umgang mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen überrascht mich immer wieder. Immer wenn ich mal wieder eine neue Behinderung oder Erkrankung meiner Söhne dort mitteilen muss - letztens war eine Epilepsie aufgetreten - setzen sich die Lehrer hin und suchen Möglichkeiten: Wo muss das Notfallmedikament hin, wie muss es gegeben werden? Es gibt Möglichkeiten! Es wird nicht gesagt: „Oh mein Gott, das können wir nicht leisten.“

Die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt von Schule, Leiter, Lehrern, Schulbegleitern, sonstigen Angestellten und der Eltern ist beispielhaft. Wenn ich irgendwo beschreibe, wie unsere Grundschule unterrichtet, werden andere Eltern - sowohl von gesunden als auch von behinderten Kindern - neidisch.

Natürlich spielen die räumlichen Voraussetzungen eine große Rolle. Große oder geteilte Klassenräume helfen allen Kindern, nicht nur den Behinderten. Bei den halbjährlichen Runden-Tisch-Gesprächen planen Eltern, Lehrer, Schulbegleiter und Therapeuten die weiteren Förderziele für das Kind. Es gibt Therapieräume. Die Schule bietet verschiedene Therapien für die Kinder an. Es gibt Doppelbesetzungen für die Lehrer in den Stunden. Jedes Kind hat bei uns einen eigenen Lehrplan für jedes Fach. Klassenübergreifend werden die Kinder, entsprechend ihres Leistungsniveaus in einem Fach, in kleine Gruppen eingeteilt und einmal pro Woche entsprechend gefördert. So ist auch Hochbegabtenförderung möglich, die bei aller Inklusion oftmals unter den Tisch fällt. Kinder können so ihre persönliche Bestleistung in jedem Fach erreichen.

Aber inklusiver Unterricht ist nicht einfach. Ganz besonders die älteren Lehrerinnen und Lehrer haben Probleme mit dieser Umstellung. Weg vom Frontalunterricht und hin zu einem offenem Unterricht mit individueller Förderung für jeden - das ist sehr viel zusätzliche Arbeit für jeden Lehrer. Es reicht nicht, im Gesetz festzulegen, dass jedes Kind einen Anspruch auf individuelle Förderung hat. Es muss auch machbar sein. Die notwendigen Voraussetzungen für die inklusive Beschulung müssen zwingend gegeben sein.



Nachdem die Schulen viele Jahre Zeit hatten sich an die Themen gemeinsamer Unterricht, Integration, Inklusion zu gewöhnen, musste ich leider feststellen, dass die wenigsten Schulen und auch Förderschulen Inklusion überhaupt wollen. Das liegt weniger an dem aktuellen Gesetz, sondern an den Menschen selbst. Mal will es die Schulleitung nicht, mal die Lehrer nicht, vielleicht auch die Elternschaft nicht und die Schüler auch nicht.

Schwerpunktschulen werden also nur das legalisieren, was schon heute Normalität ist. Die guten inklusiven Schulen werden selbstverständlich Schwerpunktschulen. Und andere Schulen sind froh, dass sie auf legale Weise diese Bürde loswerden.

Jetzt noch mein Fazit.

Eine echte Inklusion hätte für Hessen der Weg zu einem besseren Schulsystem für alle Kinder sein können. Leider wird dieser Weg nicht, oder nicht mehr beschritten. Im Gegenteil: Das Gesetz ist in meinen Augen ein klarer Rückweg.

Jedoch ist es verständlich unter dem Gesichtspunkt, dass ein großer Teil der im Schuldienst angestellten Personen nicht bereit ist, inklusiv zu arbeiten. Viele Eltern wollen außerdem ihre Kinder nicht inklusiv beschulen lassen. Das gilt nicht nur für Eltern gesunder, sondern auch für Eltern behinderter Kinder. Ich denke, die Schwerpunktschulen könnten ein Weg zur Inklusion sein. Allerdings wäre es optimaler gewesen, wenn im Gesetz ein Stufenplan mit eingearbeitet worden wäre, damit das finale Ziel der Inklusion auf gar keinen Fall aus den Augen verloren wird.

Gabi Faulhaber. Jetzt sind schon viele Felder angesprochen worden aber auch viele noch nicht. Nun kommen alle zu Wort. Können wir zusammenzutragen: Wo klappt es und wo klappt es nicht? Wie wollen wir arbeiten, um Verbesserungen zu erreichen?

Ich möchte zuvor noch folgendes anmerken: Ich finde es wichtig, die vielen Überlastungsanzeigen zu beachten. Das werfe ich der Landesregierung vor: wie sie mit Problemen umgeht. Wir stellen derzeit nur Ignoranz fest!

Es wird manchmal so diskutiert, als verweigerte man sich als Lehrer, als Rektor, als Eltern der Inklusion. Ich sehe aber, dass in diesen Brandbriefen nirgends die Rede davon ist, dass sie keine Inklusion wollen. Sondern es ist nur die Rede davon, unter welchen Bedingungen Inklusion stattfinden und wie es umgesetzt werden soll.

Diese Frage finde ich allerdings sehr brisant. Es muss schließlich irgendwie entschieden werden, was getan werden muss, damit man in den Schulen mit dem Ziel „Inklusion“ umgehen kann. Sei es, dass die Fortbildungssituation besser gestaltet wird. Sei es, dass die Ausbildung anders gestaltet wird. Sei es, dass die Grundlagen personell, sächlich und räumlich vorhanden sind.

Aufbruch oder Stagnation?

**Möglichkeiten und
Hindernisse der schulischen
Inklusion in Hessen.
Wie soll es weiter gehen?
Was kann politisch
eingefordert werden?**



Und von daher sage ich mal: diese Brandbriefe sind eigentlich kein Abwürgen des inklusiven Gedankens. Sie sind darauf ausgerichtet, die Bedingungen für einen inklusiven Unterricht zu untermauern und zu unterstützen.

Ich finde auch interessant, dass Sie, Frau Saquib, das Gelingen von Inklusion an der persönlichen Einstellung festmachen. Das ist oft richtig. Aber ich sehe das Hauptproblem eher strukturell. Denn wenn man die notwendigen Voraussetzungen nicht herstellt - also Fortbildungen, Ausbildung, ausreichend Stellen, multiprofessionelle Teams - und das Geld dafür nicht zur Verfügung steht, wird sich nichts ändern.



Dr. Dorothea Terpitz. Also ich bin ja hauptsächlich gekommen, weil mich das Thema Schwerpunktschulen beschäftigt. Wir hatten damit schon Kontakt. Mir ist das Ganze noch nicht klar.

Ich habe das schon mehrfach hinterfragt - auch im Ministerium. Dort heißt es: „Nein, nein, es soll ja keine Schwerpunktschulen geben. Es soll Standorte geben für gewisse Behinderungen wie Hörbehinderte, Sehbehinderte, Schwerstbehinderte...

Wir haben im Kreis Fulda schon im letzten Jahr im Vorgriff auf die Schulbündnisse schlechte Erfahrungen gemacht. Wir erleben das gerade in Frankfurt ganz extrem, dass Standorte aufgebaut werden. Da steckt man alle Kinder mit Förderbedarf 'Geistige Entwicklung' in die eine Integrierte Gesamtschule, die Kinder, die motorisch behindert sind, in eine andere und die Autisten nochmal in eine andere Schule. Ich kenne dort Beispielfälle, dass Autisten zum Beispiel zentriert werden in der einen Grundschule - die Wohnortnähe wird aufgegeben - und andere Schulen können sich komplett wegducken, obwohl eigentlich die Voraussetzungen bei ihnen

günstig und gegeben wären. Ich erlebe aber in Offenbach - in Kreis und Stadt - ganz explizit, dass man an dieser Wohnortnähe festhält. Zu diesen Schülerströmen beim Übergang von Klasse 4 nach 5 sagen sie: „Wir gucken, wohin sich die Masse der Kinder von der Grundschule in die weiterführende Schule orientiert.“

Ich schwimme da immer noch so ein bisschen. Das neue Schulgesetz sagt noch nichts Genaues. Da steht ja 'Schwerpunktschule' nicht drin und man kann das so oder so interpretieren.

Wir warten auf die neue Verordnung, von der wir ausgehen, dass es dort geregelt ist - aber ich würde gern nochmal von anderen hören, wie sie das sehen, mit der Schwerpunktschule.

Ingrid Tschirner. Wir sollen wohl Angebotsschule heißen. Das ist aber unklar. Eigentlich sind wir immer noch Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Erziehungshilfe. Das ist doch noch was anderes, denke ich.

Unter Schwerpunktschule verstehe ich eher, dass bestimmte Förderbedingungen entwickelt sind und die Schüler/innen entsprechend zugewiesen werden.

Christel Müller. Bei den inklusiven Schulbündnissen macht jedes Schulamt schon wieder ein eigenes Süppchen. Es sitzen dann alle Schulen einer Region zusammen am Tisch und da wird verhandelt: Welches Kind kommt denn wo hin? Und das ist nämlich genau das, was Frau Terpitz gesagt hat. Ich sehe die Grundschule A - da kommen die Kinder mit Förderschwerpunkt 'Geistige Entwicklung' hin und in die Grundschule B vielleicht die, mit Körperbehinderung und die Grundschule C hat wieder einen anderen Schwerpunkt.

Das ist für mich das Schlimmste, was ich mir vorstellen kann. Denn dann bekommen wir Schulen, die einen bestimmten Stempel haben. Das gibt dann auch wieder bei den Eltern die Probleme: Will ich denn, dass mein Kind auf diese Schule geht? Ist bei solchen Zuteilungen denn der Elternwunsch gegeben und sinnvoll? Wenn Sie sagen, Frau Best-Saqhib, bei Ihnen funktioniert es an der Schule wunderbar, sie haben in der Klasse eine Doppelbesetzung, ist das natürlich ein Traum. Dann geht das - toll gemacht!

Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass inklusive Beschulung wohnortnah in den Grundschulen eigentlich durchgängig ganz gut klappt. Ich will jetzt auch mal eine Lanze für die Grundschullehrkräfte brechen, die sich wirklich auf Inklusion einlassen, die nicht diese Vorbehalte haben. Das sind viele - aber es gibt natürlich auch Ausnahmen.

Ein ganz großes Problem sehe ich jedoch, sobald es an die weiterführende Schule geht.

Warum soll denn eigentlich für Kinder mit Behinderung oder Beeinträchtigung nur die Hauptschule übrig bleiben? Nur weil es kein anderes System gibt. Bei der weiterführenden



Schule habe ich die Vorbehalte von Kollegen deutlich öfter gehört, die auch sagten: „Das machen wir nicht“. Im Gymnasialbereich ist es natürlich ganz extrem. Ich denke mal, hier müssen wir die Schulen weiter entwickeln! Das kann nicht sein, dass eine Schulleitung sagt: „Das machen wir nicht“. Oder dass die Lehrkräfte sagen: „Machen wir nicht“. Sie haben das ja dargestellt. Der Anspruch ist in der Konvention festgelegt. Und dann kann es diese Abwehrhaltung meiner Ansicht nach überhaupt nicht geben.

Dr. Vera Affeln. 2016 hörte ich einen Referenten des staatlichen Schulamts, der über inklusive Schulbündnisse und die Struktur informiert hat. Das soll umgesetzt werden - auch modellregion-kompatibel, entsprechend eines Poolgedankens. Also es gibt eine Region, die besteht aus Grundschulen, Gymnasien, Hauptschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen, Sonderschulen, Realschulen, beruflichen Schulen. Nehmen wir mal an, im Frankfurter Norden. Für 10.000 Schülerinnen und Schüler. Oder 8.000 oder 5.000. Dafür gibt es dann die Zuweisungen für Lernhilfe, für Erziehungshilfe usw.. Und das wird dann sozusagen nach diesem Poolgedanken auf verschiedene Schulen verteilt. So käme es nicht zu einer Schwerpunktbildung. Sondern das wäre die Grundlage der inklusiven Schulbündnisse und die Zuweisungen würden sozusagen drauf gesetzt. Das ist nicht automatisch. Sondern das pflegt so ein bisschen den Gedanken: man braucht regionale Ressourcen, um bei Bedarf damit arbeiten zu können. Man hat ja nicht überall ein Rollstuhlkind, ein sehbehindertes oder auch schwer verhaltensgestörtes Kind, für das besondere Maßnahmen gebraucht werden. Aber bei Bedarf werden diese Ressourcen zugesandt.

In Frankfurt ist das auch so, dass dort die Strukturen so gebaut werden, dass die Beratungs- und Förderzentren für Lernhilfe und auch für Verhaltensauffällige usw., regional sozusagen in einer Plattform zusammengefasst werden. Die sind dann als regionales Angebot für diese Schulbündnisse zuständig. So ist das gedacht. Das mit der Schwerpunktschule, das käme dann zusätzlich, das wäre dann aber etwas Neues. Das ist nicht automatisch in dem Schulbündnis drin.

Barbara Preusch. In letzter Zeit habe ich mich öfters solchen Veranstaltungen ausgesetzt oder bin hingefahren, weil ich Verbündete suche. Ich merke jetzt auch wieder in der Diskussion: ich habe mittlerweile eine andere Haltung, wie man bei der Inklusion vielleicht weiterkommen könnte.

Wir sind gerade wieder damit beschäftigt Details zu diskutieren. Ja, das sind auch wichtige Dinge aber wir diskutieren das, was uns von der Politik von oben zugeworfen wird. Jetzt sind es die Schulbündnisse - ich weiß nicht mehr, was wir vor zwei Jahren diskutiert haben. Aber es sind immer solche Details.

Ich denke mir aber, Inklusion und die Forderung nach Inklusiv-



sion sind doch eigentlich etwas gigantisches. Es ist gesagt worden, es ist im Endeffekt die Forderung nach mehr Demokratie, angefangen in der Schule.

Mir geht es im Moment so, dass ich nicht soviel Energie aufbringen kann, ständig und immer zu kritisieren, was ist. Ich hätte das Bedürfnis, mehr zu fordern. Deutlich zu machen: Inklusion ist für alle wichtig sogar für die Gymnasiasten.

Auch wir haben so einen Brandbrief geschrieben in Form eines offenen Briefes. Sobald ich mit wirklich Betroffenen - das sind Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen - ins Gespräch komme, merke ich, die haben dieselben Probleme wie ich. Auch einem Gymnasiasten geht es in der Schule nicht wirklich gut. Die Förderschule ist nur im Moment der brennendste Punkt. Aber da haben wir das Problem, dass es viele Einzelfälle sind.

Meine Frage ist - und deshalb bin ich jetzt hier bei der Linken - wie kriegt man das zusammen? Wir wuseln alle so einzeln rum. Ich habe mir überlegt, man müsste so etwas wie ein schwarzes Brett haben. Jetzt hab ich gehört, es gibt eine Plattform „Inklusionsfakten.de“. Ich fände es unglaublich toll, die Linke würde so ein schwarzes Brett initiieren, worauf geschrieben werden kann: das ist mal wieder passiert, das hat die Administration gemacht, so werden hier Kinder aussortiert usw. Das passiert doch ständig und wir sind sogar zur Geheimhaltung gezwungen. Ich darf ja öffentlich gar nicht reden, wenn ich nicht Personalrat bin...

Ich würde mir wünschen, dass wir ein bisschen mehr in die Richtung diskutieren, was wir gerne machen würden, was wir fordern sollten. Welche Gefährten suchen wir eigentlich, damit wir nicht ständig immer hinterher hinken?

Wir werden mit Anforderungen und Programmen beschäftigt. Wir arbeiten 60 Stunden die Woche. Wir haben gar keine Zeit, nachzudenken. Aber ich habe das Gefühl, wir brauchen eine andere Strategie.

Vorhin wurde von Professor Radtke gesprochen und wie bestimmte Bevölkerungsgruppen von Bildung fern gehalten werden. Die Argumente sind doch schon alle vorhanden, das ist doch wunderbar! Wir haben ein ganz anderes Problem: Wir wissen nicht wie wir handeln wollen. Und darüber würde ich gern diskutieren.

Dr. Dorothea Terpitz. Ich wollte nochmal auf die inklusiven Schulbündnisse zurückkommen, weil gerade in Frankfurt klappt das nämlich überhaupt nicht. Schulen können sich wegducken. Per Schulkonferenzbeschluss legen sie fest: „Wir machen keine Inklusion!“ Und in andere Schulen werden Kinder hingeschoben. Die Förderausschüsse waren dieses Jahr eigentlich eine rhetorische Aktion. Da wurde ein Förderausschuss abgehalten und es saßen auch ein paar Eltern dort. Aber es war schon von vorne herein klar, dass diese Kinder alle abgelehnt werden.

[Inklusionsfakten.de](https://www.inklusionsfakten.de)

Über Mythen und Fakten rund um
das Thema Inklusion



Frankfurter Rundschau
2. Juni 2017

Eltern behinderter Kinder
verärgert.

Behinderte Kinder werden in
Frankfurter Regelschulen ohne
Ressourcen zugewiesen.
Eltern und Lehrer kritisieren die
Umsetzung der Inklusion in der
Stadt.

<http://www.fr.de/frankfurt/schulen-in-frankfurt-eltern-behinderter-kinder-veraergert-a-1289513>



<http://www.politik-gegen-aussonderung.net/schwarzbuch-inklusion-2013.pdf>

Das Schwarzbuch Inklusion wurde
von „Politik gegen Aussonderung“
2013 herausgegeben.

Dieses inklusive Schulbündnis, das da jetzt aufgebaut wird,
führt eigentlich den Förderausschuss ad absurdum.

Man setzt sich zusammen und guckt, welches Kind wohin
kommt. Als Eltern muss ich diese Prozedur, die zum Teil total
entwürdigend ist, über mich ergehen lassen. In diesem
Förderausschuss wird nur festgestellt, was mein Kind alles
nicht kann und was es alles braucht. Will man das Kind in die
Grundschule vor Ort geben, hört man, inwiefern das System
total überlastet ist.

Und gerade in Frankfurt gibt es doch einen Schulentwicklungsplan,
ihn dem genau drin steht: Wir wollen die Bildungsregion,
das Bildungsquartier. Wir möchten nämlich wirklich das ganze
System umstellen.

Doch das sehe ich im Augenblick überhaupt nicht!

Dr. Vera Affeln. Es wurde behauptet, nur 23 Schüler/innen
seien gegen den Elternwillen zugewiesen worden. Das wurde
in der Presse vorgestellt.

90 Prozent bekämen die Schule, die die Eltern sich wünschten,
zehn Prozent nicht. Bei einem Teil wurde die inklusive
Beschulung abgelehnt. Das sei aber auch nur ein Bruchteil.
Das ist das Bild, das im Kultusministerium in Hessen gemalt
wird.

Dr. Dorothea Terpitz. Da wurde auch gar nicht groß geprüft.
Es geht ja darum, nach § 70 hessisches Schulgesetz, soziale
Umstände zu prüfen. Ein Beispiel: Zwillingsskinder. Die Eltern
haben sich gerade getrennt. Die Kinder sind traumatisiert.
Sie haben nur sich gegenseitig. Das Realschulkind wird
angenommen und das Kind mit Lernhilfebedarf wird einmal
quer durch die Stadt in eine andere Schule geschickt. Das wird
vom Schulamt so entschieden. Das Problem ist nicht gelöst,
die Bescheide sind ja jetzt gerade raus und wir warten gerade
ab, wie viele Eltern sich doch noch wehren. Viele Fälle sind
noch nicht entschieden und ich glaube es sind mehr als 20
Kinder.

Dr. Vera Affeln. Wir haben 2013 das Schwarzbuch Inklusion
herausgegeben. Eine der maßgeblichen Herausgeberinnen
ist ins Kultusministerium zitiert worden. Man könnte diese
Fälle, die wir da aufgearbeitet haben, die anonymisiert an
uns herangetragen wurden, doch unter der Hand lösen. Das
war nicht das, was wir wollten. Der Referent versuchte, sie
unter Druck zu setzen, dass wir keine zweite Auflage des
Schwarzbuuchs heraus bringen sollten.

Ich denke aber wir müssen mit der Realität umgehen, wir
dürfen die Perspektive nicht aus den Augen verlieren. Deshalb
dürfen wir uns nicht von klein, klein beeindruckt lassen,
von der Macht des Faktischen, sondern Bildungspolitik
daran messen, inwieweit sie unserer Perspektive entspricht.
Und dann nachweisen, wo sie es nicht tut.

Wenn man sagt, 23 Schüler können aber nicht inklusiv beschult werden, dann schaut man sich die 23 einmal an. Warum nicht? Damit geht man an die Öffentlichkeit, wenn die Eltern bereit sind. Und dann strickt man daraus eine Dokumentation oder auch eine Anhörung oder eine Veranstaltung, in der aufgezeigt wird, dass es keine Inklusion ist, wenn es Ausnahmen gibt. Inklusion ist keine Ausnahme! Und wenn, dann muss sie gut begründet sein! Meist ist das aber so vernachlässigbar, dass wir erst mal über die Regel sprechen müssen. In diese Richtung sollten wir weiter diskutieren und solche Brüche aufzeigen.

Und der zweite Punkt ist natürlich: Deutschland hat laut der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) ein unterdurchschnittlich finanziertes Schulsystem. Und damit begnügen wir uns einfach so!

Nein, nein, wir lassen uns nicht erzählen, das Geld sei nicht da! Für Banken ist es über Nacht da. Wir müssen Bildungsökonomie wieder in den Vordergrund stellen. Ja, das kostet. Das kostet, was ein humanes Gemeinwesen eben kostet.

Frau Best-Saquib. Ich wollte dazu noch sagen: mein ältester Sohn ist jetzt in der 4. Klasse. Da steht jetzt der Wechsel in die weiterführende Schule an. Er wird auch weiter inklusiv beschult werden - hoffen wir zumindest. Mit dem Förderbedarf Sprache eben. Also die Genehmigung vom Schulamt habe ich bis heute noch nicht. Und die Ferien fangen jetzt bald an. Wenn das nicht klappt und man hier nochmal klagen wollte, so viel Zeit hat man da eigentlich nicht. Es wäre aber schön, wenn der Bescheid endlich käme! Wir müssen ja die Schulbegleitung noch beantragen und eigentlich wäre da die Frist im Mai gewesen. Für einen optimalen Start ist es jetzt eigentlich schon zu spät.

Dr. Dorothea Terpitz. Wir reden viel in der Politik über Zahlen. Und das Kultusministerium gibt auch immer wieder Zahlen heraus.

Wir haben eine Pressemitteilung geschrieben in Frankfurt. Die habe ich an den Schulamtsleiter geschickt und der sagte mir: „Die Zahlen, die Sie da nennen, stimmen nicht.“ Darauf habe ich zurückgeschrieben: „Ja, wenn sie nicht stimmen, dann schreiben Sie mir doch mal die Zahlen, die stimmen sollen.“ Ich bekam da nie eine Antwort.

Also mit diesen ganzen Zahlen kann ich auch nicht argumentieren. Weil zu mir kommen Familien die sitzen zum Teil heulend auf dem Sofa, weil sie nicht mehr weiter wissen. Ich betreue immer Einzelfälle. Es ist ganz wichtig, im einzelnen Fall immer zu gucken, was geht, was geht nicht und wie geht es. Also dass die Bescheide zu spät kommen, dass wir den Übergang nicht gestalten können, usf. Dass wir beispielsweise sagen, wir warten ein Jahr auf die Inklusion und lassen das Kind so lange in der Förderschule. In der Zeit kann man die Inklusion vorbereiten. Dann haben Schule, Eltern und





Teilhabassistenz Zeit, sich einzuarbeiten. Doch oft passiert nichts, bis es wieder drei vor knapp ist und die Sommerferien anfangen.

Man muss immer mit diesen Einzelfällen, diesen Einzelschicksalen argumentieren. Es hilft nichts, wenn die mir mit Zahlen kommen und ich andere Zahlen dagegen stelle. Es wird so verschwommen. Zwischen den Zahlen sind die Menschen, die Inklusion haben möchten und denen das zusteht. Sicher gibt es verschiedene Ebenen in der Diskussion und auch in den Handlungen. Das eine ist die konkrete, praktische Ebene und das andere ist die politische. Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Gabi Faulhaber. Das ist ja klar. Aber ich finde, Bildungspolitik ist ein strukturelles Problem. Wenn die Landesregierung sagt: Wir wollen Inklusion, dann kann sie nicht hinterher sagen: Wir sind ganz überrascht davon, wie viel Lehrerinnen und Lehrer wir brauchen für diese Sache. Also so etwas geht nicht!

Diese inklusiven Schulbündnisse sehe ich ziemlich hart. Weil ich denke, das ist so eine Art Kondom und darunter wird genau das gleiche gemacht, was vorher auch gemacht wurde. Früher wurden die Kinder ja auch zu einer bestimmten Schule geschickt. Früher hat nur das Schulamt über die Zuweisung entschieden. Jetzt entscheidet es ein Gremium, ein Förderausschuss.

Negativ ist aus meiner Sicht auch, dass die Eltern einer großen Zahl von Fachleuten gegenüber stehen und nur schwer gegen diese argumentieren können. Das halte ich für ein Problem.

Und wenn man so etwas macht, wie Inklusion, muss sich auch strukturell etwas ändern. Sie haben das gesagt, Frau Saqhib, dass manche der Beteiligten Inklusion nicht wollen. Veränderungen bringen immer Probleme mit sich, das ist ganz klar.

Aber dann muss eine Struktur für die Inklusion geschaffen werden!

Es muss Fortbildungen geben, auch verpflichtend. Aber den Schulen stehen nicht mehr Mittel für Fortbildungen zu - das sind ja derzeit verschwindend geringe Beträge. Die Fortbildungen müssen auf die Aufgabe „Inklusion“ ausgerichtet sein. Und die Fortbildungskapazitäten müssen ausreichen, um den Bedarf zu decken. Das sehe ich z.B. nicht.

Natürlich arbeiten viele Anwesende hier ganz konkret dafür, dass Leute ihr Recht in Anspruch nehmen können. Das ist gut so. Aber vom politischen Standpunkt her gesehen, kann man es nicht akzeptieren, dass ein Weg eingeschlagen wird und dann gibt es ganz bestimmte Voraussetzungen einfach nicht, damit das gelingen kann.

Wenn die Struktur nicht stimmt, besteht die Gefahr, dass die Idee diskreditiert wird. Die Leute verweigern sich, sie wollen nicht, sie sind überlastet. Und dabei schwingen ja immer Zweifel an ihrer Professionalität mit: Die können das nicht richtig. Manche denken gar, wir lassen es lieber. Die FDP hat so einen Antrag gestellt: Wir lassen das mit der Inklusion lieber, so lange die Bedingungen nicht ausreichen...

Ingrid Tschirner. Wir haben ja noch so eine Standortschule als Förderschule. Mir geht das selber manchmal so mit der Inklusion an der allgemeinen Schule: dann denke ich, wir lassen das. Wir brauchen im Moment tatsächlich noch die Förderschule - auch noch als Schutzraum für die Schüler.

Zu uns kommen Eltern und sagen: „Nehmt mein Kind wieder auf“. Oder nehmt überhaupt mein Kind auf, weil in der Inklusion geht es baden. Das ist ein reales Problem.

Grundsätzlich finde ich das völlig richtig, dass man keine Förderschulen braucht. Aber im Moment geht das nicht. Man kann die Kinder nicht einfach irgendwo reinstopfen und sagen: „Hier bitteschön, das ist nun Inklusion“. Weil sehr oft die Kinder nicht gefördert werden, wie es sich eben gehört.

Knut Dörfel. Ich denke unsere Ohnmacht rührt auch daher, dass unser Gegner sich immer wieder neue Tricks einfallen lässt. Mal kämpfen wir auf der Ebene von Einzelfällen, mal kämpfen wir auf der Ebene, dass man unsere Zahlen bestreitet und keine eigenen Zahlen dagegen hält, mal ist man bemüht, alles unter einer Schweigeglocke zu verbergen. Wir müssen wahrscheinlich auf vielen Ebenen versuchen, die öffentliche Kommunikation, den öffentlichen Streit und den Diskurs anzuheizen und uns auch gegenseitig unterrichten.

Also ich muss mal sagen: Gegen die Schule, an der die Schulkonferenz beschließt, wir machen keine Inklusion, da würde ich wahnsinnig gern mal Rechtsmittel als Bürger einlegen! Man könnte gegen den Schulleiter eine Dienstaufsichtsbeschwerde einleiten und auch gegen das Schulamt, und so weiter und so fort. Um einfach mal zu gucken, ob eine solche Ablehnung auch nur annähernd haltbar ist.





Ein Anderes ist: Ich bin auch kommunalpolitisch im Ortsbeirat tätig. Ortsbeiräte und natürlich auch die Stadtverordnetenfraktionen sind auch immer aufgefordert, dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Mist passiert. Und möglichst viel Gutes passiert und möglichst viel Transparenz entsteht. Dazu brauchen wir auch viele Informationen - selbst so schlechte Zahlen. Das sind dann immer noch unsere Zahlen! Und so lange die Gegenseite nur bestreitet, dass sie stimmen und keine richtigen liefert, arbeiten wir eben mit diesen.

Auch auf der praktischen Ebene muss man versuchen, mehr zu machen. Einzelfälle, die sich eignen und die Eltern auch einverstanden sind, müssen an die Öffentlichkeit getragen werden! Himmelschreiende Fälle sollten wir versuchen, uns gegenseitig mitzuteilen. Dass jeder an seinem Ort auch über Argumente und einen Hebel verfügt.

In unserem Ortsbezirk telefonieren wir die Grundschulen ab, in der Hoffnung, konkrete Informationen zu erhalten. Vielleicht muss ich hingehen und direkt fragen. Ich bin auch abhängig davon, ob eine Schulleitung bereit ist, sich überhaupt skandalisierend aus der Deckung zu wagen oder ob sie auf irgendwelche Nachverhandlungen und sonstige Hoffnungen baut. Damit ich dann einen kommunalpolitischen Antrag oder eine Anfrage stellen kann.

Eine Ebene ist sicher auch diese Sache mit dem schwarzen Brett. Wir waren da schon mal besser. In Frankfurt gab es Demonstrationen und was nicht alles zum Thema Inklusion. Aber es gibt natürlich auch Erschöpfungssymptome bei den Akteuren.

Kirsten Heberer. Dazu würde ich noch gern etwas beitragen. Ich komme aus Kassel. Und Kassel ist Modellstadt für Inklusion - so heißt das zumindest. Kassel hat sich Inklusion angeblich auf die Fahne geschrieben. Ich arbeite selbst in einer Förderschule.

Zwischen einer Förderschule und einer Grundschule gibt es eine Kooperation. Das läuft wohl ganz gut. Sie haben sowohl Kinder in der Inklusion als auch umgekehrt. Das heißt, da kommen auch Kinder, die nicht inklusiv sind in diese Schule, um gemeinsam zu lernen.

Aber in unserer Schule erlebe ich ganz dramatisch, dass Kinder kommen, die inklusionsgescheitert sind. Das heißt, sie kommen mit einem weiteren Trauma an. Also zusätzlich zu dem, was sie so mitbringen. Oftmals sind das auch traumatisierte Flüchtlingskinder. Wir haben auch behinderte Kinder, die in der dritten, vierten Klasse kommen, weil in den Grundschulen viele ambulante Kräfte sind. Kinder werden dann aussortiert aus dem Unterricht, um mit ihnen alleine zu arbeiten. Aber das ist keine Inklusion! Und das Drama daran finde ich, dass sie dann einer Förderschule zugewiesen werden und eigentlich schon ganz viel schlimme Erfahrungen gesammelt haben.

Das ist kein Modell! Das ist einfach nur traumatisch für die Kinder! Die Kinder sind ja die eigentlich Betroffenen. Und die haben es dann noch schwerer, durch die sogenannte Inklusion, wie sie da momentan hoch angepriesen wird in der Modellstadt Kassel.

Herbert Storn. Ich habe mich immer gewundert, dass Inklusion als viel bedeutender und umfassender dargestellt wurde im Verhältnis zur Integration. Integration war ja der Gemeinsame Unterricht. Aber gleichzeitig sind die Mittel, die man für diese größere und umfassendere Inklusion bereit stellt, viel viel weniger, als was man für Gemeinsamen Unterricht aufgewendet hat. Auf diesen Widerspruch habe ich relativ wenig Echo, auch in der GEW, gefunden.

Zum Zweiten: Auch bevor für SAP und diese Kosten-, Leistungsrechnung sehr viel Geld ausgegeben wurde, gab es ja eine Schulstatistik. Und schon da war aufgeführt: die teuerste Schulform ist die Förderschule. Wegen der kleinen Klassen, der Transportkosten, wegen der Bezahlung der Lehrkräfte nach A13 usw.. Das heißt, es war bekannt, dass diese Schulform die teuerste ist. Als ökonomisch denkender Mensch habe ich den Verdacht, es soll mal wieder eine Möglichkeit genutzt werden, um Kosten zu drücken. Indem jetzt Inklusion als Billiglösung realisiert wird und die Förderschulen abgeschafft werden.

Was ich sagen will: In einer Gesellschaft, die auf eine solche Ungleichheit angelegt ist, wie der Kapitalismus, ist nicht zu erwarten, dass jetzt Inklusion in der Schule Lösungen für Ungleichheit bringen wird. Wenn es nicht gelingt, in der Gesellschaft auch weitere emanzipatorische Prozesse anzustoßen, die gegen die gesellschaftliche, soziale Ungleichheit gerichtet sind, fällt die Schule auch mit dieser Inklusion immer hinten runter.

Positiv ist, wir wissen eigentlich, was wir wollen. Wir haben alle Forderungen schon: Die GEW hat diese Forderungen auch festgehalten und die sind auch bekannt.

Es ist bekannt, dass das Schulsystem unterfinanziert ist. Es ist bekannt, dass das nicht sein muss. Es ist bekannt, wie ein gutes Bildungswesen finanziert werden kann. Es gibt nämlich ein Steuerkonzept - sowohl von Verdi, wie von GEW, wie von der Memmorandumgruppe, als auch von der Linken. Wir wissen auch, was konkret nötig ist für die Arbeit an den Schulen: Multiprofessionelle Teams, gut ausgebildete und gut bezahlte Lehrkräfte, berufliche Anerkennung, usw. Nur inzwischen sind die Lehrkräfte - und darauf baut dieses unterfinanzierte System - über alle Maßen ausgepowert. Früher waren die Lehrkräfte sicher nicht viel besser als heute, aber sie hatten eine Spur mehr Zeit für politische Aktionen. Heute kriegen sie es gerade noch hin, eine Überlastungsanzeige zu schreiben. Aber auch das ist schon mal was, diese Überlastung anzuzeigen! Die Gewerkschaft hat dies hier in Wiesbaden auf dem Luisenplatz ja auch öffentlichkeitswirk-





sam vorgetragen. Auch die Rücknahme der Disziplinarmaßnahmen wegen des Streiks wurden erkämpft. Aber die Kollegen sind insgesamt ausgepowert.

Wir müssen irgendwie von dieser Überlastung wegkommen. Man muss sich überlegen, wo man NEIN sagt. Doch man sollte nicht gerade bei der Inklusion Nein sagen.

Man muss sich schon sehr genau aussuchen, wo die Arbeitsreduzierung am wenigsten negativen Effekt für alle schulischen Beteiligten macht, jedoch möglichst viel Effekt auf das Kultusministerium oder die Landesregierung hat.

Eine Möglichkeit, irgendwie voran zu kommen, ist: Wir brauchen auch wieder Zeit für politische Arbeit!

Dazu vielleicht noch ein Gedanke. Die GEW Niedersachsen hat eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben zur Arbeitszeit der Lehrkräfte. Und das hat schon dazu geführt, dass es zu einem bemerkenswerten Oberverwaltungsgerichtsurteil gekommen ist: Es können nicht mehr Aufgaben aufgebürdet werden, wenn die höhere Arbeitszeit nicht mit einer Entlastung gekoppelt ist.

Das würde ich auch für Hessen anregen. Sonst kommen wir weder bei der Bildungsökonomie, noch bei irgendwelchen anderen politischen Initiativen weiter. Die Forderungen sind im Grunde da. Aber es gelingt uns nicht sie in der Öffentlichkeit so zu halten, dass auf die Landesregierung steter Druck ausgeübt wird.

2018 sind Landtagswahlen. Ich sehe eine gewisse Chance für bildungspolitischen Druck - wenn auch keine ganz große Chance, weil die Verhältnisse so festgefahren sind. Doch wir sollten nutzen, dass in Wahlzeiten die öffentliche Aufmerksamkeit doch höher ist als sonst.

Barbara Preusch. Vorhin ist ein tolles Wort gefallen: „Nicht über uns ohne uns“. Das ist das Wesentliche! Schule kann nur mit allen Betroffenen gemeinsam gemacht werden. Ich bin Lehrerin. Also sind doch meine Verbündeten die Schülerinnen und Schüler und es sind die Eltern. Ich finde, die Beteiligten sollten mehr ins Boot geholt werden. Mir fehlt immer dieses Verbindende. Also wir müssen das Gemeinsame, das Verbindende viel mehr herausstellen. Deshalb haben wir zum Beispiel in der Schule angefangen, über Inklusion zu diskutieren.

Ich finde, die Forderung nach Abschaffung der sonderpädagogischen Förderbedarfs ist genau richtig. Obwohl ich genau weiß, jetzt Förderschulen zu schließen, ist für manche Kinder Wahnsinn. Aber es zu verlangen, ist richtig!

Aber ich könnte ja auch sagen: „Förderschule für alle“ oder „Fördernde Schule für alle“. Ich will mit den Schülern in die Diskussion kommen, denen es schlecht in der Schule geht. Auch Abiturienten geht es schlecht - wie die sich über das Abitur retten, mit Pillen und was weiß ich!

Ich möchte Zusammenhänge aufzeigen! Die Überlastung der Lehrer einerseits. Wir wollen Kinder nicht quälen. Wir ma-

chen es aber manchmal. Wir machen es täglich. 15 Schüler/innen mit Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung (ESE) in einer Klasse und womöglich noch nicht mal die Möglichkeit, rauszugehen. Viele haben Stress oder Probleme.

Das gehört alles zusammen. Es gehört eigentlich auch zur Unterfinanzierung: die Überforderung aller Beteiligten. Die Inklusion ist so nicht machbar! Man muss den Politikern immer wieder sagen: Ihr fahrt die Inklusion an die Wand. Ihr erzählt uns, man könnte mit dem Bobbycar einen Umzug machen. Das machen sie die ganze Zeit! Und wir sitzen dann da, und überlegen: Ok, wir tunen noch die Reifen oder dies und das...

Ja, wir wollen die Inklusion! Aber ich will keinen Bobbycar - ich will den LKW! Dafür sind die Eltern, dafür sind auch die Schüler/innen. Dafür müssen wir Handlungsfähigkeit finden. Ich möchte, dass vielfältige und viele Veranstaltungen stattfinden, dass gesagt wird: Diese Regierung, diese Politiker, fahren die Inklusion an die Wand, und wir sind die Leidtragenden. Und ich bin nicht alleine. Ich weiß, es gibt Tausende von euch. Das hätte ich gern.

Gabi Faulhaber. Ich finde, das ist im Moment eine kritische Situation, weil unsere Ideen und unsere Praxis sehr ambivalent sind.

Ich mache es an der Abschaffung des Förderbedarfs fest. Es ist ja wünschenswert, wenn das Wirklichkeit wäre. Dass die Ressourcen so verteilt werden, dass alle, die es irgendwie nötig haben, eine Förderung erhalten.

Gleichzeitig stellt sich das aber so dar: Wenn ein Förderbedarf nicht mehr festgestellt wird, ist damit kein Recht mehr verbunden, diese Förderung auch zu kriegen.

Für mich ist das ein wichtiger Punkt. Man muss ganz gut darüber nachdenken, dass man nicht irgendwelche Begriffe propagiert, die einer Wunschvorstellung entsprechen. Einen Wunsch bezeichnen, wie es sein sollte. Was, wenn ich heute auf den Förderbedarf verzichte? Verzichte ich auch auf das Recht, eine Förderung einfordern zu können? Das fände ich hoch problematisch.

Ich finde, diese Politik läuft genau darauf hinaus. Dass Inklusion auf Machbarkeit reduziert wird.

Das ist das Schlimmste, was passieren kann. Weil dann dieser ganze Wechselprozess eine negative Richtung bekommt und alle Skeptiker von vornherein sowieso sagen: „Wir haben es ja schon immer gewusst, das ist zu schwierig mit der Inklusion“. Und die Befürworter haben es immer schwerer, nicht nur bei der Zielsetzung zu bleiben, sondern auch etwas real umzusetzen.

Politisch merkt man das schon. Ich habe ja vorhin schon gesagt: Die FDP brachte so einen Antrag im Landtag ein. Zunächst stellte sie eine richtig ordentliche Analyse auf. Also sie haben da richtig erfasst, wie es gerade an den Schulen



Antrag der FDP-Fraktion im
Hessischen Landtag betreffend
Belastung der Schulen
und Lehrkräfte.

Drucksache 19/4888

[http://starweb.hessen.de/cache/
DRS/19/8/04888.pdf](http://starweb.hessen.de/cache/DRS/19/8/04888.pdf)

aussieht, wo die Probleme liegen usw. Und zuletzt ziehen sie die Schlussfolgerung daraus: Dann lassen wir das mit der Inklusion erst mal bleiben.

Nochmal: Das ist eine kritische Situation. Jetzt müssen wir Forderungen stellen und dafür massiv eintreten. Sonst hat man anschließend die Problematik, dass Bildungsmöglichkeiten und Einrichtungen abgeschafft sind, die eigentlich eine gute Förderung ermöglicht hatten. Und danach sind dann keine Möglichkeit mehr vorhanden.



Tony Booth, Mel Ainscow
Ein Leitfaden für Schulentwicklung.
Mit Online-Materialien. Auch für
Kindergärten, Hochschulen und
andere Bildungseinrichtungen.
Taschenbuch
Erschienen im Januar 2017
224 Seiten
ISBN:978-3-407-63006-3

Dr. Vera Affeln. Auch das halte ich noch für wichtig: Bildungspolitik ist Teil einer Friedens- und sozialen Bewegung. So sollten wir uns verstehen und so müssen wir uns auch artikulieren! Es spricht ja nichts dagegen, „Schule für Alle!“ als Transparent bei Ostermärschen dabei zu haben.

Das Zweite ist: Wir sind auch international ziemlich isoliert. Wir sind es nicht nur als diese austeritären Exportweltmeister. Wir sind es auch in Hinblick auf die reaktionäre, selektierene und unterfinanzierte Bildungspolitik. Es gibt kaum ein Land, das mehr Korrelation zwischen Sozialstatus und Bildungserfolg hat. Das müssen wir öffentlich machen. Und wir müssen unsere Forderungen mit internationaler Kompetenz bestücken. Also: Es darf keine Konferenz ohne Tony Booth aus Kanada geben.

Das Dritte ist das: Ich hab bei der letzten Landtagswahl hier in Frankfurt, im Haus Gallus, eine Diskussionsveranstaltung mit den Bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Landtagsfraktionen besucht. Dadurch, dass die Linke - damals war es Barbara Cárdenas - nicht in der Logik der Schuldenbremse denken musste, hatte sie aber so was von gewonnen in dieser Diskussion. Ich weiß von einigen, die haben danach die Linke gewählt. Das heißt: Im Landtagswahlkampf sollten wir uns überlegen, druckempfindliche Parteien wie die Grünen und die SPD, die darauf noch reagieren, mit unseren Forderungen zu konfrontieren.

Wir leben in einer explodierenden Gesellschaft. Deutschland gewinnt bei den Explosionen gewaltig! Aber sie wollen die Bildung zurückfahren, die soziale Sicherung zurückfahren. Wir haben also genug Hausaufgaben zu machen! Wir sollten Veranstaltungen wahrnehmen und selbst gestalten. Wir könnten durchaus nochmal eine Kampagne starten, die bildungspolitische Sprecherinnen und Sprecher verstärkt ansprechen, bzw. anschreiben - und zwar in dem Sinne, in dem wir hier diskutieren. Sozusagen schrittweise aktiv werden.

Es braucht eine Bewegung - und die Linke ist dann sozusagen die Sprecherin der außerparlamentarischen Opposition, wie sie es auch sein soll. Wir können nicht allein auf Parlamente hoffen. Aber wir können die Bundestagswahl oder die Landtagswahl als Referenz nehmen und diese Zeit nutzen für Veranstaltungen, Kongresse mit Expertinnen und Experten, Arbeitsgruppen usw.. Vielleicht könnte man einen Aktionstag überlegen.

Wir sind Teil einer sozialen Friedensbewegung. Wir stehen international nicht gut da aber wir haben Gründe, internationale Bündnisse zu schließen, mit denen, die die gleiche Interessen haben. Also, das muss man sich mal vorstellen: Acht von zehn Sonderschülern in Deutschland sind in einer Sonderschule und im internationalen Durchschnitt ist es genau umgekehrt.

Dr. Dorothea Terpitz. Wenn wir heute etwas fordern, müssen wir wissen: Es gibt wieder Entwicklungen zur Kooperativen Gesamtschule hin. Das ist ein eklatanter Rückschritt!

Wenn wir die Förderschulen mitdenken und sagen, wir brauchen noch diese zwei Systeme, dann behindern wir eine durchgreifende politische Veränderung in der Bildungspolitik! Denn das System, das hier beibehalten wird, ist das denkbar teuerste. Auch damit transportieren wir die Defizite für alle weiter. Und wenn wir Bildungspolitik verändern wollen, müssen wir ein Einheitsschulsystem machen.

Brita Schäfer. Es stehen immer irgendwelche Ängste im Weg. Dabei sehe ich die in unserer Praxis nicht. Wir haben ja versucht, Inklusion zu machen, indem wir Förderschüler und Hauptschüler zusammengesetzt haben und das hat hervorragend funktioniert. Und man hat auch nicht mehr erkannt, wer der Förderschüler und wer der Regelschüler ist. Und ich sehe da auch die Überlastung im Moment nicht, wenn Fachlehrer/innen und Förderschullehrer/innen zusammen kommen und als Team durchgehend unterrichten. Die Lerngruppe war groß. Aber es war gar keine Überlastung, weil wir nämlich durchweg zu zweit waren.

Aber gleich wurde das Ganze dotiert mit: „Das ist ja nicht erlaubt“. Und: „Solange es keinen Kläger gibt, könnt ihr das ja mal machen“. Es gibt also keine Rückendeckung für solche Versuche. Und es schwingt auch gleich wieder eine Angst mit.

Dasselbe sehe ich bei den Regelschullehrer/inne/n. Ich bin gleichzeitig auch Mutter eines Kindes in der Inklusion und von dieser Unsicherheit betroffen. Die haben auch so eine diffuse Angst: „Was ist denn wenn ich nicht mit allen gleichzeitig das scharfe S durchführe?“ Und: „O Gott, O Gott, darf ich das? Darf ich dies?“ Riesenangst. Eine schlechte Situation für die betroffenen Kinder. Es gibt also eine gegenläufige Praxis und eine Alternative besteht ja nicht mehr wirklich.

Ich bin für die Inklusion! Ich habe das alles auch ausprobiert und ich kann mir gut vorstellen, wie es gehen könnte. Gleichzeitig würde ich mir durchaus eine Förderschule für mein Kind vorstellen können. Das ist schon mal total abstrus.

Aber auch die Förderschule als Möglichkeit gibt es eigentlich nicht mehr, weil man die Wahlmöglichkeiten von unten heraus leert, damit die Statistik insgesamt stimmt und alles schön inkludiert aussieht. Eine Alternative für mein Kind gibt es nicht. Selbst dann nicht, wenn es nicht funktioniert, wenn



es mit Fünft- oder Sechstklässlern zusammen in einer Klasse ist.

Zur Zeit werde ich auf dubiose Weise mit einem offenen Brief in Verbindung gebracht, der treffend benennt, wie die Situation wirklich ist. Da droht man mit Amtsenthebung aus meinem Amt als Stufenleiterin und mit Zwangsversetzung. Mit was man dann alles konfrontiert wird!

Also: wie schafft man Öffentlichkeit und kriegt die Rücken- deckung, um auch wirklich nach vorne gehen zu können und auch weiterhin die nötigen Forderungen zu stellen?

(Anmerkung der Redaktion: Inzwischen wurden zwei der Kolleginnen, die den Offenen Brief unterzeichnet haben, zu einer anderen Schule abgeordnet.)

IGEL-Offenbach e.V.
arbeitet als gemeinnütziger Verein
für die Inklusion von Kindern

Kontakt: Wilhelmsplatz 2
63065 Offenbach am Main

<http://www.igel-of.de/de>

Dr. Dorothea Terpitz. Ich wollte nochmal auf den Stellenwert von Inklusion zurückkommen. Mag sein, dass ich betriebs- blind bin oder vielleicht auch besessen, weil ich als Mutter hier immer unterwegs bin in Sachen Inklusion. Aber wir dis- kutieren das immer wieder aufs Neue - und das haben wir auch schon mit dem Minister getan.

Inklusion steht für uns ganz oben. Inklusion steht eigentlich über allem. Doch das, was wir im Augenblick erleben ist: In- tegration ist für die Ausländer, Inklusion ist für Behinderte.

Wir sehen, dass Schulen, die gut inklusiv arbeiten, natürlich eine entsprechende Ausstattung brauchen - aber die stel- len auch ihr Konzept um. Die bündeln ihre Ressourcen so, dass sie eben von hochbegabt bis geistig behindert alles fördern können. Und das ist es eigentlich, wo wir hin müs- sen!

Das, was ich seitens der Landesregierung immer erklärt bekomme, ist dann: Es gibt den Elternwunsch und da muss man die Förderschule aufrecht erhalten. Und weiterhin wird Schule gegliedert gedacht - als Kooperative Gesamtschule, IGS, Gymnasium, Realschule, Förderschule, usw..

Für die Lehrer wachsen die Aufgaben. Jetzt kommen noch die Flüchtlinge dazu. Es werden immer mehr und mehr Auf- gaben. Da muss sich einiges ändern.

Ich glaube, wir müssen uns wirklich immer wieder darauf zurückbesinnen, dass wir nach der UN-Konvention die Pflicht haben, ein inklusives Schulsystem auf allen Ebenen zu eta- blieren. Und das ist ja auch möglich! Ich kenne das aus Nor- wegen. Dort sind Förderschulelemente in der Regelschule mit drin. Man muss also nicht alles direkt auflösen - aber wir müssen diese inklusiven Strukturen schaffen. Wir müssen sie einfordern. Immer wieder aufs Neue.

Dass jetzt aber wieder die Frage nach dem 'ob' gestellt wird, finde ich hochgradig kritisch! Das hat mit dem Landtagswahl- kampf in NRW angefangen und dort ist u. a. der nette Herr Felten sehr aktiv. Müssen wir uns Inklusion leisten? Ist das ein Luxus? Brauchen wir das überhaupt noch?

Diese Frage stellt sich für uns Eltern nicht. Das ist einfach ein Grundrecht! Das ist ein gesellschaftliches Recht! Die UN-

Michael Felten: Die Inklusionsfalle.
Gütersloher Verlagshaus, 2017.
ISBN 9783579086729

Behindertenrechtskonvention wurde ratifiziert und ist umzusetzen. Aber da stoßen wir auch bei der hessischen Landesregierung immer wieder auf den kompletten Widerstand. Weil die CDU sagt: wir halten das System, so wie es ist, aufrecht. Na, und wenn wir in diesem System weiter denken, schaffen wir die Inklusion auch nicht. Sie wird aufs Spiel gesetzt.

Gabi Faulhaber. Ich würde gerne ein paar Dinge ansprechen, die wir jetzt noch gar nicht behandelt haben. Leider kamen die auch in der Inklusionsdebatte zum Hessischen Schulgesetz hier im Landtag zu kurz.

Ein fehlender Bereich ist der Übergang in die Berufsschule. Wie arbeiten Berufsschulen und wie werden sie unterstützt? Eigentlich arbeiten gerade Berufsschulen schon immer inklusiv. Aber sie haben keine Ressourcen dafür.

Der Zweite Punkt ist: Wie wird dann der Übergang in die Arbeitswelt gestaltet? Und hier schlägt ja der Kapitalismus eiskalt zu, denn die Jugendlichen mit Behinderung oder Beeinträchtigung müssen ja dann auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren mit anderen, leistungsfähigeren Menschen. Spätestens hier wird die Verbindung zur gesellschaftlichen Realität sehr deutlich! Es stellen sich Fragen: Wie ist Arbeit organisiert? Welche Arbeitsrechte hat man? Wie ist man abgesichert?

Deswegen finde ich den Hinweis sehr richtig, dass ohne einen kritischen Blick auf die Gesellschaft Inklusion überhaupt nicht realisiert werden kann.

Dorothea Terpitz hat auf das Problem hingewiesen, dass in den Gesprächen im Kultusministerium Inklusion als Teilbereich - sozusagen nebenbei - angesiedelt ist. Das kann ich bestätigen. Es wird als Teilbereich behandelt, genauso wie die Integration von Flüchtlingen. Beides wäre ja eigentlich kein Teilbereich! Aber gesellschaftliche Inklusion steht nicht auf der Tagesordnung! Dieser Bereich ist auch deshalb so schwach entwickelt, weil es nur wenig gesellschaftliche, außerparlamentarische Bewegungen gibt, die diese sozialpolitischen Vorstellungen überhaupt in den Fokus nehmen. Ich habe zwar das Gefühl, das hat ein bisschen zugenommen. Aber damit das klar wird, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, braucht es mehr Diskussion. Vor allem, dass Inklusion nicht nur Menschen mit Behinderung betrifft, sondern auch prekär Beschäftigte, Aufstocker, Flüchtlinge, Arbeitslose und Hartz4-Empfänger. Da wäre ja auch eine Form von gesellschaftlicher Inklusion nötig!

Eine Diskussion über die Gleichheit in einer Gesellschaft ist bei der Inklusionsdebatte nicht im Fokus. Die Debatte ist zerteilt in einzelne Bereiche, wie z.B. schulische Inklusion oder barrierefrei wohnen usf.. Oft spielt in dieser Debatte dann noch das Geld die Hauptrolle. Das können wir nicht akzeptieren!

Ich möchte ein Beispiel nennen, das mir sehr am Herzen liegt.



Ich bin ja auch in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes und da haben jetzt die reicheren Städte im Städtetag die Idee formuliert, aus der hessenweiten Solidarfinanzierung auszusteigen. Der LWV wird derzeit durch eine Umlage finanziert, in die alle Kreise und kreisfreien Städte anteilig ihrer Finanzkraft einzahlen. Diese reichen Kommunen wollen jetzt dem LWV die Zuständigkeit für die Wiedereingliederung von behinderten Menschen entziehen und sie in ihrer kommunalen Verwaltung ansiedeln. Sie nennen das „Kommunalisierung“.

Die Gesellschaft ist also in einem Zustand, in dem es möglich ist, so einen Angriff auf ein Solidarsystem zu fahren. Trotzdem ja klar ist, dass eine Ungleichbehandlung von Menschen raus kommt. Ein armer Landkreis kann dann nicht die gleichen Leistungen bringen, wie die Städte im Rhein-Main-Gebiet. Und diese reichen Städte wollen sparen. Sparen werden sie aber nur, wenn die Angebote zurückgefahren werden.

Hier wird deutlich, dass es im Moment immer noch darum geht, soziale Systeme abzubauen. Der gesamte sozialpolitischen Bereich wird heruntergefahren - und in diesem Zusammenhang muss man auch die Inklusionsdebatte in der Schule sehen. Also Abbau von Solidarsystemen.

Wir sind noch lange nicht soweit, das aufzuhalten und eine wirksame Gegenwehr zu formieren. Noch gibt es keine Vernetzungen, sondern lediglich Brandbriefe oder Überlastungsanzeigen. Es besteht zu wenig Austausch, um gemeinsame Forderungen zu entwickeln.

So finde ich es eigentlich sehr gut, dass hier schon einige Vorschläge gemacht wurden, die weiterentwickelt werden können.

Barbara Preusch. Brandbriefe - Wie muss ich mir das vorstellen? Die gehen alle ans Kultusministerium und da liegen sie irgendwo im Giftschränk?

Gabi Faulhaber. Diese Briefe gehen nicht allein ans Kultusministerium. Meist bekommen alle Fraktionen auch einen Brief oder er wird an die Presse geschickt. Manches werdet ihr vielleicht in der Zeitung gelesen haben. Zum Beispiel der aus Darmstadt Dieburg war sehr breit in der Presse, weil er von 65 Schulleitern unterzeichnet worden ist. Da konnte schlecht gesagt werden, 65 faule Lehrer haben einen Brandbrief geschrieben, weil sie nachmittags frei haben wollen. In einem anderen Fall - Lahn Dill Kreis / Limburg Weilburg - hatte jemand die Initiative ergriffen und es wurde ein ganzer Ordner voller Unterschriftenlisten eingereicht. Es gibt von den Berufsschulen in Nordhessen eine Initiative, da haben sich auch schulübergreifend Berufsschullehrer und Schulleitungsmitglieder geäußert. Mehrere Briefe kamen aus Frankfurt, usw..

Brandbriefe - einige Beispiele:

70 Frankfurter Grundschulleiter und Konrektoren schreiben einen Brandbrief an das Hessische Kultusministerium:

<http://www.hessenschau.de/tv-sendung/video-27958.html>

65 Grundschulen aus Darmstadt-Dieburg fordern mehr Unterstützung.

http://www.echo-online.de/lokales/darmstadt-dieburg/kreis-darmstadt-dieburg/65-grundschulen-protestieren--schulleiter-fordern-mehr-unterstuetzung-von-kultusminister_17517742.htm

Gießener Grundschuldirektorinnen und -direktoren schreiben Brandbrief:

<http://magazin.sofatutor.com/lehrer/2017/07/03/brandbriefe-an-grundschulen-immer-mehr-sind-verzweifelt/>

Barbara Preusch. Haben wir die Chance, uns mit diesen Kolleginnen und Kollegen zu verbinden? Wir gehen jetzt wieder auseinander und kommen nicht dauernd zusammen. Warum machen wir denn nicht „alternative Schulbündnisse“? Zusammen mit den Leuten, die Brandbriefe geschrieben haben?

Wir haben ja auch einen 'Brandbrief'. Das ist ein offener Brief und er kommt auch von den Schülern und von den Eltern.

Ich würde gern mit den anderen Kolleginnen und Kollegen in Kontakt kommen. Das ist das Wichtigste, weil wir lauter kleine Gruppen sind und jeder kämpft für sich. Das funktioniert doch nicht auf Dauer!

Mit diesen Vernetzungen würde auch Aufmerksamkeit entstehen. Auch für die Schülerinnen und Schüler wäre es gut zu erfahren, was Solidarität bedeutet. Das ist doch auch ein kritischer Punkt: Wenn sie in der Regelschule erfahren, dass dort eine starke Konkurrenz herrscht, wollen sie eher unsere Förderschule. Dort kann man auch über solche Dinge sprechen. Und manchmal geht das so schnell im Kopf, dass man Zusammenhänge versteht!

Gabi Faulhaber. Das ist eine Überlegung wert, wie man diese verschiedenen Brandbriefe zusammenbringt. Das Problem ist derzeit, dass sie nicht zur Kenntnis genommen werden. Wir sprechen diese Briefe immer wieder an. Dann kommt vom Kultusministerium und auch von den schwarzgrünen Koalitionsparteien: Unmut kann gar nicht sein! Wir haben so und so viel Leute eingestellt, wir haben einen Höchststand erreicht, usw.. Letztens haben sie sogar von einem Allzeithoch in ihrer Bildungspolitik gesprochen! Der bildungspolitische Sprecher der CDU hält eigentlich immer die gleiche Rede. Das könnte man auf ein Schild schreiben in drei Sätzen: Wir machen alles am Besten! Wir sind so gut, das kann nicht übertroffen werden! Alle Kritik ist sinnlos, weil wir das ja so gut machen!

Ich halte diese Brandbriefe für eine tolle Initiative - sie sind eine Form von Protest. Es gibt zwar keine gemeinsame Demo, aber es gibt im Moment eine gemeinsame Darstellung der Probleme. Aber das ist natürlich noch keine Handlungsoption.

Barbara Preusch. Wir kennen das auch aus der Ost-Wetterau. Wir sind Modellregion. Bei uns läuft ja auch alles super! Wie wunderbar, wie wunderbar! Über die Inklusionsquote will keiner sprechen. Das hat man nicht nötig.

Ich würde mal gerne mit allen reden, die einen Brandbrief geschrieben haben. So eine Art Vernetzung...

Ingrid Tschirner. Es gibt auch eine hessische Interessengemeinschaft der BFZs. Es gibt im Lahn Dill Kreis eine ESE-Schule. Und die macht das.



Netzwerk Inklusion Frankfurt

Als Netzwerk Inklusion Frankfurt sehen wir unsere Aufgabe in der Vernetzung der Frankfurter Inklusionsakteure, der gegenseitigen Information und des Austauschs.

www.netzwerk-inklusion-frankfurt.de



Das Kasseler Bündnis Inklusion e.V. ist ein im Februar 2016 gegründeter Selbsthilfeverein.

Als Teil des Kasseler Bündnisses Eine Schule für Alle! versuchen wir die Bedingungen der Inklusion für Kinder und Jugendliche zu verbessern.

<https://www.inklusion-kassel.de/>

Schule für Erziehungshilfe des Lahn-Dill-Kreisess. Regionales Beratungs- und Förderzentrum.

ig-rbfz@sfeh.de

Gabi Faulhaber. Es gab jetzt schon einige Vorschläge. Beispielsweise wie man Druck auf Parteien macht. Vor der Wahl sind sie immer besonders empfindlich. Es wurden gerade „alternative Schulbündnisse“ ins Gespräch gebracht. Gibt es denn schon Initiativen die wir jetzt noch nicht kennen? Wie euer offener Brief? Oder gibt es bereits Möglichkeiten der Vernetzung? In Frankfurt gibt es bestimmt so etwas oder? Gibt es da eine Zusammenarbeit, eine Vernetzung? Zum Beispiel über die GEW?

Christel Müller. Jetzt speziell zur Inklusion noch nicht. Aber ich nehme jetzt heute eine ganze Menge mit.

Offene Briefe z.B. bekommt der VBE auch immer mal aus Schulen. Es wäre sinnvoll, Proteste auch an die Gewerkschaften zu schicken. Oder an den Hauptpersonalrat. Auf diese Weise bekommt man nämlich mal einen Überblick, wo überall Bewegung ist. Und das finde ich so wichtig.

Herbert Storn. Es gab eine Zeit, da war es üblich, die Beobachtungen und Erfahrungen aus der schulischen Praxis in das Ministerium und in den Hauptpersonalrat zu tragen. Das heißt, wir haben da immer richtig eingehiezt. Meine Vorgänger haben das auch schon gemacht. Da war Feuer drin und es hat uns auch Spaß gemacht. Von der Sitzungsleitung wurde das zwar nicht immer so gern gesehen, wenn es beispielsweise zu emotional geworden ist. Da sitzen natürlich auch Kolleg/inn/en, die freigestellt sind, sonst können sie ja die ganze Arbeit nicht mehr bewältigen usw. Wenn man aber länger nicht mehr an der Schule ist, sieht man die Problematik anders. So hat vielleicht das Feuer im Hauptpersonalrat etwas abgenommen.

Es ist aber wichtig, den Unmut zu artikulieren. Hauptpersonalräte können die Kolleginnen und Kollegen unterstützen und ihre Themen auch beim Minister oder Staatssekretär ansprechen. Auch Gesamtpersonalräte können das machen, wenn sie wollen. Es kommt darauf an, wie kämpferisch sie sind. Aber ich würde alle diese Ebenen, da sie ja zur Verfügung stehen, auf keinen Fall rauslassen! Man kann die Vertretungen anschreiben: Bitte das mal gegenüber der Dienststelle ordentlich ansprechen! Das sollte man jedoch nicht nur einmal machen, sondern öfter und öffentlich. Immer wieder neu. Es gibt ja auch schon Veranstaltungen. Vielleicht zu wenig. Aber es gibt sie. Morgen hat z.B. der Kreisschülerinnenrat in Frankfurt einen Aktionstag. Nur darf man sich da nicht zu viel versprechen. Der findet in den Räumen der IHK statt. Sie geben ihnen die Räumlichkeiten, sie machen ihnen die Organisation, sie machen es ihnen bequem. Das ist ja auch so was. Das man es gerne so ein bisschen angepasst hat. Das war jetzt gemein von mir, oder?

Dr. Vera Affeln. Ich würde nochmal gerne auf die Frage zurückkommen, was wir außerhalb dieser Ressourcenforde-



rungen haben. Ob es Proteste gibt, die sozusagen integriert sind - in einem dialektischen Verhältnis.

Vor 40 Jahren, also 1972, 1973, hat es die ersten Integrationsversuche gegeben. Da gab es gar nichts an Ressourcen. Da haben sich Eltern und Lehrkräfte verbündet. Und haben vor den Schulen gestanden: „Wir wollen rein!“ Das heißt, ohne die integrative Kraft einer solidarischen Bewegung wird nichts zu machen sein.

Einstein hat mal gesagt, Probleme könne man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Das heißt, wir müssen anders denken. Wir können nicht mit den gleichen Mitteln, mit denen wir ausgrenzen auch integrieren. Das heißt auch, dass wir den Solidaritätsgedanken, brauchen. Auch auf der übergeordneten Ebene - auf allen Ebenen.

Kinder aus Lernhilfe- oder Verhaltensgestörtenschulen und ihre Eltern sind keine Sympathieträger. Sie lösen oft affekthaften Widerstand aus, weil Armut stinkt, hässlich ist, usw.. Und es gibt unabhängig von der Behinderungsart Ablehnung. Meine Tochter war immer mit Behinderten zusammen - im Kindergarten, Hort, integrativen Jugendclub. Sie hat einmal gesagt: „Mama, was ich gelernt habe ist, neben einem sabbernden Jugendlichen im Rollstuhl Mittag zu essen“. So. Wer macht das schon?

Wir verwenden die Begriffe lernbehindert oder verhaltensgestört immer für andere. Wie würden wir uns unter vergleichbaren Bedingungen entwickeln? Wie wäre es, wenn wir unter diesen Bedingungen aufwachsen würden? Das ist eine Frage der Selbstreflexion. Was reflektiere ich und auf welche Art und Weise? Wie begegne ich solchen Menschen? Das ist Vorurteilsforschung. Was ist, wenn unsere hehren Ziele an der konkreten Praxis, die wir dann ja auch umsetzen müssen, scheitern?

Dann gibt es noch einen fachlichen Aspekt: Wenn wir uns nicht an Defiziten orientieren wollen, dann müssen wir viel entwicklungspsychologisches Wissen haben. Um erkennen zu können, auf welchem Entwicklungsniveau jemand lebt und arbeitet und sich bewegt. Das bearbeitet Georg Feuser in seiner Didaktik. Inklusive Didaktik gehört in die Lehrerbildung! Lehrkräfte beginnen solche Erkenntnisse umzusetzen - erst klein und dann wird das immer größer.

Das heißt jetzt nicht, dass ich gegen einen Kampf auf allen Ebenen spreche. Aber wenn wir diesen Solidaritätsbegriff nicht miteinbeziehen, fehlen die Wurzeln.

Helga Deppe schreibt: Solidarität und Integration beinhalten universalistische Prinzipien, die den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft befördern. Bourdieu spricht von kulturellem und sozialem Kapital. Also von Ressourcen des gegenseitigen Kennens und Anerkennens, die aus symbolischer und materieller Beziehungsarbeit existieren. Zur ausgeübten Solidarität gehört eben auch, dass wir fragen: wo würden wir unter vergleichbaren Bedingungen stehen? Das stellt



Prof. Dr. Georg Feuser,
Herausgeber der Buchreihe
„Behindertenpädagogik
in Theorie und Praxis“.
Zahlreiche Veröffentlichungen
zur gemeinsamen Erziehung
behinderter und nicht-behinderter
Kinder.

Integrative Didaktik:

Feuser, G. (1994).
Aspekte einer integrativen Didaktik
unter Berücksichtigung
tätigkeitstheoretischer und
entwicklungspsychologischer
Erkenntnisse.

In H. Eberwein (Hrsg.),
Behinderte und Nichtbehinderte
lernen gemeinsam.
Handbuch
der Integrationspädagogik. 3.,
Weinheim: Beltz.

Feuser, G. (1994).
Grundlagen und Voraussetzungen
für integrativen Unterricht
in der Schule der 10- bis 15jährigen.
In R. Hug (Hrsg.),
Österreichischer Studienverlag.

[https://de.wikipedia.org/wiki/
Inklusive_P%C3%A4dagogik](https://de.wikipedia.org/wiki/Inklusive_P%C3%A4dagogik)

Jörg Schilling, Ilka Gropengießer
Konzept für die Lehrerbildung in
Bremen.

[http://www.bak-lehrerbildung.de/
lvb/bremen/Lehrerbildung.pdf](http://www.bak-lehrerbildung.de/lvb/bremen/Lehrerbildung.pdf)

[http://www.calwer.com/media/39/
ZM_4212_Inklusive_
Didaktik_AHR_inklusive_Kap_3.pdf](http://www.calwer.com/media/39/ZM_4212_Inklusive_Didaktik_AHR_inklusive_Kap_3.pdf)

auch die gesellschaftliche Ressource dar, aus der Integration als Modell zum demokratischen Umgang mit Differenz schöpfen kann.

Das heißt auch, das wir uns bewusst sind, bewusst studieren und erkennen.

Ich komme aus sozialen Verhältnissen, in denen keine Ahnung davon herrscht, wie diejenigen, mit denen ich umgehe, jeden Tag leben und aufwachsen. Professionell arbeiten heißt dann auch, einen Perspektivenwechsel zu organisieren. Zum Beispiel mit Hausbesuchen. Ja, sich diesen Kindern und Eltern direkt zu stellen und ihnen Solidarität zu unterbreiten. Ob man nun in einer Sonderschule arbeitet, Förderschule, einem Gymnasium oder wie auch immer...

Bei meinen Recherchen habe mindestens ein halbes Dutzend Gymnasien genannt bekommen, die geistig Behinderte, Lernauffällige, usw. unterrichten. Wir können uns also anschauen, wie die das machen, die sich schon auf den Weg begeben haben. Was waren ihre ersten Schritte? Wie haben sie sich weiter entwickelt? Und bleiben wir nicht immer dabei stehen, was alles nicht geht! Beginnen wir!

Und so können wir sozusagen massenhaft aussagen: Wir haben uns auf den Weg gemacht und erzählt uns nicht, das geht nicht! Aber mit dieser Macht wären wir in der Hegemonie der Diskussion viel weiter! Wir wären raus aus der Defensive nur zu sagen, was wir alles brauchen. Was nicht heißt, das wir nichts brauchen! Aber diese offensiver Haltung ist mir wichtig.

Anja ElFechtali. Ich bin Mutter und ich bin von dieser Diskussion auch betroffen. Gott sei Dank sind meine Kinder so weit fit, dass sie keine schweren Probleme haben.

Wenn in den Klassen meiner Kinder gefragt worden wäre: „Wie findest du Inklusion?“, dann hätte eigentlich niemand gesagt: „Inklusion finde ich schlecht“.

Wenn es aber darum gehen sollte, Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten in die Klasse aufzunehmen, dann sieht das schon wieder ganz anders aus. Dann haben Eltern Bedenken wegen ihres eigenen Kindes. Inklusion muss ja auch für alle funktionieren.

Bei dem Inklusionsmodell hier in Hessen stört mich besonders, dass es zu wenige Förderstunden gibt und nur wenig doppelt besetzte Stunden. Es gibt ja auch schon Modelle, bei denen es besser funktioniert. Wenn in der Klasse zwei Lehrkräfte arbeiten würden, gäbe es für niemanden ein Problem, weil jedes Kind etwas davon hat. Doch so, wie es jetzt gemacht wird, bleibt das Stückerei. Und am Ende wird dann nur ein Sparprogramm umgesetzt.

Deshalb kann ich auch die Eltern verstehen, die ablehnend auf Inklusion reagieren. Sie denken: „Mein Kind leidet darunter und kann nicht so lernen, dass es später in dieser Gesellschaft mithalten kann und etwas erreicht.“

Pierre Bourdieu,

Die Kapitalarten. In diesem Artikel geht es um das kulturelle Kapital.

<http://soziobloge.de/pierre-bourdieu-die-kapitalarten/>

Bourdieu, Pierre 1992:

Die verborgenen Mechanismen der Macht. In Schriften zu Politik & Kultur, Hrsg. Margareta Steinrücke, Hamburg: VSA-Verlag.

Inklusion wird akzeptiert, wenn alle Kinder etwas davon haben. Und das geht ja! Wenn Inklusion funktioniert, entlastet das Kinder und Eltern. Ich weiß, wie das ist. Das Kind kommt nach Hause, dann sitzt man da und büffelt mit dem Kind, damit es mitkommt. Besonders, wenn es sich in einem Fach schwer tut. Das ist oft Stress. Nicht jedes Kind ist hochbegabt. Nicht jedes Kind kann sich schnell anpassen.

Wenn ein Kind aber in der Schule die Förderung bekommt, die es braucht, dann gibt es auch Entlastung zu Hause. Dann wären wahrscheinlich ganz viele Eltern auch für Inklusion.

Jochen Dohn. Nochmal zum Punkt: Welche Widerstände gibt es, Inklusion umzusetzen?

Wir haben auf der einen Seite den politischen Widerstand - und der ist nicht zu unterschätzen - von Seiten der CDU, die weiter am gegliederten Schulsystem festhält. Um eine Auslese zu haben, braucht es die Inklusion definitiv ja nicht.

Das andere ist die Elternseite, was vorhin schon angesprochen worden ist. Es gibt die Eltern, die nicht wollen, dass ihr Kind mit einem beeinträchtigten anderen Kind zusammen arbeitet.

Aber natürlich gibt es auch da eine Gegenbewegung. Das ist heute in der Diskussion noch nicht so ganz deutlich geworden.

Viele Eltern sind vom Schulsystem so enttäuscht, dass sie Privatschulen bevorzugen und sagen, dort funktioniert Inklusion und genau deswegen schicke ich mein Kind dahin - natürlich nur, wenn ich das nötige Kleingeld dazu habe.

Das ist eine ganz gefährliche Entwicklung, wenn wir Inklusion nur in Privatschulen hinkriegen und der Eindruck entsteht, in öffentlichen Schulen funktioniert das offensichtlich nicht. Und vielleicht kommt noch jemand auf die Idee, man bräuchte deswegen die Ressourcen nicht bereit zu stellen.

Ein Punkt wurde vorhin auch angesprochen: In Grundschulen läuft es mit der Inklusion schon ganz gut - besser als in den weiterführenden Schulen. Ich will auf den Kita-Bereich aufmerksam machen. Vergessen Sie nicht, dort wird schon seit Jahrzehnten inklusiv gearbeitet.

Nach der Kita und Grundschule machen wir dann genau das Gegenteil: wir reißen die Kinder wieder auseinander. Später, in der Berufsschule, kommen sie wieder zueinander.

An diese Problematik müssen wir herangehen. Dieses unlogische Vorgehen macht inklusive Bemühungen wieder zunichte.

Aber unser Schulsystem selektiert auch. Das muss man sehen! Der Schulabschluss entscheidet über eine Ausbildung oder die weitere Perspektive.

Wenn ein Kind keine Ausbildung hat, dann wird in den berufsvorbereitenden Maßnahmen oder Lehrgängen wieder gemeinsam unterrichtet. Das ist aber doch keine Inklusion!





Christel Müller. Nochmal zu den Elternvorbehalten... Sie haben mir heute noch ein bisschen mehr Mut gemacht, einfach zu sagen: „Leute lasst es uns doch einfach mal probieren!“ Ich habe vor sechs Jahren ein Kind gehabt mit Downsyndrom. Die Eltern wollten die Inklusive Beschulung. Ich sah überhaupt keine Hindernisse. Aber es gab noch 23 andere Eltern in der Klasse: „Nein, wenn dieses Kind in die Klasse kommt, das geht gar nicht!“

Gut, wenn man das von den Eltern hört. Ich habe das Kind trotzdem genommen aber in die Parallelklasse gesteckt. Das war die sozialste Klasse, die wir an der Schule hatten. Wie die Kinder miteinander umgegangen sind, das war einfach nur schön!

Daran kann man sehen: Man muss es einfach mal anfangen! Dann hören sich die Eltern auch ganz anders an. Die Eltern aus dieser Klasse sind wirklich Fans von inklusiver Beschulung geworden. Alle. Nicht nur die Eltern des Kindes mit Downsyndrom - die anderen auch.

Natürlich muss eine Schule mitspielen. Es gibt noch viele Grundschulen, die von Anfang an sagen: „Nein, können wir nicht, geht nicht“. Ich habe dann immer argumentiert: „Eine Grundschullehrerin oder ein Grundschullehrer, der sagt: Können wir nicht!, der hat irgendwie seinen Beruf verfehlt.“

Ich bin jetzt 35 Jahre im Schuldienst. Und ich mache immer schon inklusiven Unterricht! Denn ich habe immer ein schwaches Kind und ich habe ein hochbegabtes Kind und ich hab noch zehn Abstufungen zwischendrin. Ist das keine inklusive Beschulung? Diesen Gedanken muss man weiter tragen. Nicht sagen: „Kann ich nicht. Hab ich nicht gelernt“.

Eine Förderschullehrkraft, die sich auf geistige Entwicklung spezialisiert hat oder auf Erziehung, die hat auch nicht unbedingt gelernt, Sprachheilunterricht zu geben. Wir sind eigentlich alle als Lehrkräfte einmal professionell ausgebildet worden. Dass ich damit nicht aufhöre, nur weil ich den Schuldienst komme, halte ich für selbstverständlich! Ich muss mich weiter bilden. Da muss ich nicht unbedingt Fortbildungen besuchen, ich kann auch mal gescheite Bücher lesen. Da lerne ich auch etwas daraus. Und ich kann mich mit Kolleginnen und Kollegen auseinander setzen, darüber diskutieren.

Barbara Preusch. Im Alltag ist es schwer, Fortbildungen zu besuchen. Das Schönste ist wirklich, wenn man zu Zweit in einer Klasse ist - Regelschullehrer, Förderschullehrer. Teamarbeit. Dann lernt man voneinander.

Das ist es aber, was sie uns wegnehmen! 42 Pflichtstunden, keine Zeit. Wäre das weniger, könnte man auch den Kontakt zu den Eltern pflegen. Wir könnten viel mehr mit Eltern reden, wenn wir mehr Zeit hätten.

In meiner Schule haben wir mit minimalen Mitteln versucht, Inklusion zu machen. Wir hatten zwei Regelschulklassen, Hauptschule, 7. Klasse und eine Förderschulklasse. Das heißt, wir hatten insgesamt eine Stärke von 28 Schülern und die

wurden immer von 2 Lehrern beschult. Und das entscheidende waren gemeinsame Unterrichtsvorbereitung, Durchführung, Evaluation. Das ist wichtig! Mehr Fortbildung braucht es erst mal nicht. Man lernt voneinander und in der Arbeit mit den Schülern. Fortbildung kann ergänzen.

Doppelbesetzungen und Zeit für gemeinsame Vorbereitung muss man von diesem Kultusminister fordern. Sonst fährt Inklusion an die Wand. Wir wollen Inklusion und wir wissen auch wie es geht. Die Beispiele zeigen das.

Es ist die Landesregierung, die das nicht will! Das muss man immer wieder klar machen. Man sollte sie dazu bringen, klar auszusprechen: „Wir wollen das nicht.“

Frau Best-Saquib. Ein Regelschullehrer muss meiner Ansicht nach doch eine spezielle Ausbildung oder Fortbildung besuchen. Es gibt so viele Behinderungen und als Lehrer kann man gar nicht wissen, wie man auf diesen oder jenen Schüler nun reagiert. Wenn ich z.B. einen Autisten vor mir habe und der rastet aus - was mach ich denn da? Manche Kinder sind einfach eine tickende Zeitbombe. Oder was mach ich bei einem epileptischen Anfall? Bestimmte Kenntnisse braucht man einfach.

Eine Schule braucht für den speziellen Schüler einen Pool. Der Poolgedanke ist entscheidend, weil nicht jeder Lehrer alles weiß. Für die Lehrer müssen Stunden zur Fortbildung eingeplant werden.

Gabi Faulhaber. Wir sind am Ende unserer Diskussion angekommen. Einige Aspekte sind heute für mich deutlicher geworden.

Dieser Kampf ist kein Detailkampf sondern es ist ein großer Kampf und er ist mehrschichtig.

Einmal müssen wir an der Frage bleiben: Wie wird Schule in Hessen organisiert?

Dann gab es heute viele Beispiele, wie man konkret die Rechte der Kinder einfordern kann. Das ist auch ein wichtiger Punkt, dass jedes Kind das Recht auf Förderung hat. Alle Kinder sind gleichwertig aber nicht gleich! Sie müssen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen werden.

Natürlich gehört der Kampf um Ressourcen dazu - für bessere Bildung und besser ausgestattete Schulen. Unsere Diskussion zeigte, dass die professionelle Arbeit auch Unterstützung und Entlastung für die Lehrkräfte wäre. Oft ist ja gar nicht so, dass eine Lehrkraft mit einem Kind in der Klasse nicht zurecht kommt. Sondern die Gesamtsituation fordert die Lehrkraft so stark und sie bräuchte Beratung oder Unterstützung. Oder ein multiprofessionelles Team. Es können nicht immer neue Aufgaben dazukommen, ohne dass über Entlastung gesprochen wird.

Schule findet nicht isoliert von der Gesellschaft statt. Deshalb bleibt die Frage, wie stellen wir uns eine Gesellschaft vor? Wie stellen wir uns Bildung vor?





Was tun wir dafür? Außerparlamentarisch, in Bewegungen, als Eltern, als Schüler, als Lehrkraft. Aktiv werden und Forderungen formulieren fanden hier alle wichtig.

Es ist auch deutlich geworden, dass die Lebenslage und die Lebenschancen ganz stark von der sozialen Herkunft abhängen. Bildung ist ein ganz großes sozialpolitisches Problem. Deshalb müssen wir soziale Fragen mehr in die Debatte aufnehmen.

Die Ängste der Eltern, dass ihre Kinder in der Gesellschaft nicht mithalten können, müssen wir ernst nehmen. Das hängt ja damit zusammen, dass es einen Kampf um Arbeitsplätze gibt, dass die Arbeitswelt kapitalistisch organisiert ist, dass Ellenbogen und Konkurrenz vorherrschen. Auch das es ein großes sozialpolitisches Thema.

Mir hat die Diskussion gut gefallen. Es wurden viele Vorschläge gemacht, wie wir weiterarbeiten könnten.

Mit einem Fachgespräch ist es sicher nicht getan. Aber alle haben auf die Notwendigkeit verwiesen, sich auszutauschen und zu vernetzen. Wir werden eine Dokumentation zusammenstellen und versuchen, auf Literatur, Initiativen und Aktivitäten zu verweisen.

Ich bedanke mich bei allen für die engagierte Diskussion und wünsche Euch einen schönen Heimweg.

Möchten Sie mehr über die Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag erfahren?

Besuchen Sie die Webseite der bildungspolitischen Sprecherin Gabi Faulhaber:

<https://www.gabi-faulhaber.de/politik/aktuell/>

Zur Regierungserklärung des Kultusministers am 26. September 2017 erklärte Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag: „In Zeiten voller Kassen kann die schwarzgrüne Landesregierung aus dem Vollen schöpfen. Natürlich ist es sehr zu begrüßen, dass unsere langjährigen Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen an den Schulen, nach mehr Sozialarbeit und schulpсихологischer Unterstützung endlich ernst genommen und finanziert werden. Aber damit allein ist es ja nicht getan.“

Insbesondere die Inklusion, die Integration von Flüchtlingskindern und der Ausbau echter Ganztagschulen seien Aufgaben, die professioneller gehandhabt werden müssen. Hier reiche es nicht aus, nur Stellen zu schaffen, so Faulhaber. Es müssten auch qualifizierte und pädagogisch durchdachte Konzepte vorliegen, um den Schulen wirklich unter die Arme greifen zu können. Ganz wichtig sei dabei die Kontinuität und Planungssicherheit – es nütze nichts, wenn die Arbeit nach zwei Jahren wieder eingestellt werde, falls weniger Einnahmen in die Landeskasse flössen.

Faulhaber: „Außerdem muss die Landesregierung verbindliche Ziele formulieren, wie sie mit den großen Zukunftsfragen der Bildungspolitik umgehen will. Dazu gehören die Digitalisierung in der Arbeitswelt und die Vermittlung von Medienkompetenz. Und dazu gehört auch, dass die sozialen Brüche in der Gesellschaft zur Kenntnis genommen werden. Leider hat Kultusminister Alexander Lorz (CDU) keine konkreten Konzepte für Bildung und Ausbildung vorgelegt, die Kindern und Jugendlichen aus Familien mit niedrigen Einkommen eine Perspektive eröffnen.

Fakt ist: Nach wie vor hängt der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft ab – dramatisch, angesichts der Tatsache, dass ein Fünftel der Menschen arm oder von Armut bedroht ist. Viele dieser Familien können sich die zusätzlichen Kosten für Arbeitskreise, Klassenfahrten oder das Schülerticket kaum leisten. Doch zu einer guten Bildungspolitik gehört auch Chancengerechtigkeit.“

<https://www.gabi-faulhaber.de/nc/landtag/plenarreden/detail-plenarreden/news/cdu-und-buendnis-90die-gruenen-antrag-bundesweit-vorbildliche-ressourcenausstattung-der-hessischen-s/>

REGIERUNGSERKLÄRUNG
der Kultusministers am Beginn des
Schuljahres 2017/2018
„Zum Wohle unserer Schülerinnen
und Schüler: Herausforderungen
meistern – Bildungsqualität
stärken!“ 26. 9. 2017

<https://www.hessen.de/presse/pressemitteilung/zum-wohle-unserer-schuelerinnen-und-schueler-herausforderungen-meistern>



Notizen



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

